

2/206/9

Rheinland-Pfalz

1963

**Bewährt  
und  
zielbewußt**

**CDU**

---

Herausgegeben von der Landesleitung der CDU, Koblenz, Schloßstraße 16

Druck: Neuwieder Verlagsgesellschaft · 545 Neuwied · Hermannstraße 35



# Rheinland-Pfalz

## ein junges, aufblühendes Land mit Profil

### CDU-Politik – bewährt und zielbewußt

#### **Rheinland-Pfalz – ein blühendes Land**

Die Politik der CDU hat Rheinland-Pfalz aus einer auf allen Gebieten herrschenden Not ohnegleichen heraus zu einem blühenden Land gemacht. Ein Heer von Arbeitslosen, Flüchtlingen, zerstörte Städte, zerstörte Verkehrswege, zerstörte Industrien, Hunger und allgemeine Verzweiflung, das war der Anfang vor 15 Jahren.

#### **sozial**

Heute haben alle Arbeit und Brot. Über 40000 Arbeitsplätze wurden über den früheren Höchststand hinaus geschaffen. Allein von 1959 bis Mitte 1962 wurden über 120000 Wohnungen neu gebaut. Statt Arbeitslosigkeit haben wir heute das Problem des Mangels an Arbeitskräften. Die älteren Bürger unseres Landes gehen einem gesicherten Lebensabend entgegen, die Jugend kann hoffnungsvoll und einigermaßen froh in die Zukunft blicken.

#### **wirtschaftlich**

**Früher war das Gebiet von Rheinland-Pfalz vernachlässigtes Grenzland im Westen des Reiches. Heute sind dank der Politik der CDU die Grenzen, die viel Blut gekostet haben, gefallen. Rheinland-Pfalz ist chancenreich in die Mitte der EWG gerückt.**

Früher war das Gebiet von Rheinland-Pfalz überwiegend ein Agrarland. Heute hat es dank der planmäßig betriebenen Strukturverbesserung der CDU eine gesunde, ausgeglichene, soziale Wirtschaftsstruktur. Über 900 Betriebe wurden neu – zumeist auf dem Lande – angesiedelt. Diese Maßnahmen liegen zugleich auch im Sinne einer gesunden Mittelstandspolitik. Die bäuerliche Grundlage des Landes wurde durch großzügige Hilfe in der Verbesserung der Agrarstruktur gesichert. Neue Straßen haben das Land aufgeschlossen.



Die Industrieproduktion in Rheinland-Pfalz ist von 1950 bis 1961 um 201 % gestiegen bei einer Steigerung von 164 % im Bundesdurchschnitt. In Rheinland-Pfalz hat sich also die CDU-Politik großartig bewährt.

**kulturell** Die Politik der CDU hat aber nicht nur die Vermehrung der materiellen Güter und die Bildung von Eigentum für die meisten Mitbürger ermöglicht, sie hat auch auf kulturellem Gebiet Hervorragendes geleistet und die Bildungschancen unserer Jugend erhöht. Jedem begabten Jungen oder Mädchen stehen in Rheinland-Pfalz die Bildungswege offen.

**Es ist zweifellos eine der stärksten Wurzeln des Vertrauens der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zur CDU, daß man sich unter ihrer Führung vor der uferlosen Experimentiersucht der SPD im Schulwesen (siehe Hessen) sicher weiß und daß die Erziehung auf festen christlichen Grundsätzen beruht, die der Tradition unseres Landes und seiner Bevölkerung entspricht und die das Godesberger Programm der SPD nicht kennt.**

**Die CDU konsolidierte Rheinland-Pfalz** Rheinland-Pfalz ist in seinen heutigen Grenzen und in seiner jetzigen Staatsform wie die meisten anderen Bundesländer ein junges Land. Dennoch stellt es nach Landschaft und Geschichte, nach Bevölkerung und Tradition eine sehr alte kulturelle Einheit dar, die durch wechselvolle Schicksale zeitweilig auseinandergerissen wurde, die jetzt aber wieder zusammengeführt ist. Daß trotz langer Trennung und trotz der Verschiedenheit in der staatlichen Entwicklung heute die einzelnen Gebietsteile von Rheinland-Pfalz zu einem konsolidierten und im Kreise der Bundesländer angesehenen Land geworden sind, auf das die „Rheinland-Pfälzer“ stolz sind, ist allein ein Verdienst der konsequenten, zielbewußten Politik der von der CDU getragenen Landesregierung und Landtagsmehrheit.

**Von der SPD nie geliebt** Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz hat der CDU von Wahl zu Wahl mehr Vertrauen geschenkt und sie in den beiden letzten Wahlperioden in die Lage versetzt, mit absoluter Mehrheit ihren von Anfang an zielbewußten Weg fortzuführen. Wegen dieses großen Vertrauens für die CDU und damit wegen des „hohen CDU-Gehaltes“ hat die SPD

dieses Land Rheinland-Pfalz nie geliebt, ja sogar die Bevölkerung wegen ihrer Stimmabgabe oft verächtlich gemacht und der Dummheit bezichtigt. Jahrelang betätigten sich die Sozialdemokraten als „Sprengmeister“ gegen die Existenz des Landes. Erst als man einsah, daß daraus nichts wurde, reklamierte die SPD das gegen ihre Opposition aufgebaute Land plötzlich für sich und versucht heute durch Plänemachen der Bevölkerung einzureden, sie habe ein besseres Konzept. **Im Plänemachen war die SPD von jeher groß; sie wurden immer wieder zu den Akten gelegt, oder erledigten sich durch die Frage, wer soll das bezahlen? Auf diese billigen und plumpen Wahlmanöver fällt der Wähler in Rheinland-Pfalz nicht herein. Er weiß, daß es die CDU war, die dieses Land entwickelt, gestaltet und zur Blüte geführt hat.**

### **Verantwortung im Land und Bund in der Hand der CDU**

Die CDU von Rheinland-Pfalz war sich stets bewußt, daß unser Land als Bundesland eingebettet ist in das Schicksal des gesamten deutschen Volkes. Sie hat deshalb von Anfang an die erfolgreiche Politik der CDU im Bund durch ihre Mitwirkung im Bundesrat und durch ihre Bundestagsabgeordneten bejaht und wirksam unterstützt. Sie hat die Gesetze und die politischen Maßnahmen mitgeformt und durchgesetzt, welche den ersten wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg breiter Schichten in der deutschen Geschichte herbeiführten. Nicht nach sozialistischen Plänen, sondern aus christlich-sozialem Denken erwuchs die Emanzipation des deutschen Arbeiters zu einem freien und geachteten Bürger unseres Staates.

**Die CDU hat die Grundlagen unserer Sicherheit vor der Bedrohung aus dem Osten mitgeschaffen. Sie hat die Bündnis- und Sicherheitspolitik – gegen den fanatischen Widerstand der SPD – mitgetragen und sie hat sich von Anfang an rückhaltlos für die Einigung des freien Teiles Europas eingesetzt.**

In den zurückliegenden anderthalb Jahrzehnten hat die christlich-soziale Politik eine blühende Wirtschaft, geordnete und gesicherte soziale Verhältnisse ermöglicht; sie hat ferner den freien Teil Deutschlands stellvertretend für Gesamtdeutschland in den Kreis der freien Völker zurückgeführt und sie hat die nötigen Sicherungen gegen einen gewaltsamen Angriff auf unsere Freiheit geschaffen.



### **Bundesfreundlicher Föderalismus**

In dieser Politik der Zusammenarbeit hat sich aber auch die CDU als eine Partei bewährt, die den föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik respektiert. Es sind notwendigerweise Situationen entstanden, in denen die Interessen von Bund und Land nicht ohne weiteres miteinander übereinstimmen. Hier ist die CDU von Rheinland-Pfalz stets für einen gerechten Ausgleich eingetreten. Sie hat konstruktiv im Bund mitgearbeitet und dem Bund gegeben, was dieser zur Erfüllung seiner großen und noch wachsenden Aufgaben braucht. Sie hat aber auch darüber gewacht, daß dem Land die verfassungsmäßigen Rechte und die erforderlichen Mittel bleiben, um die eigenen lebenswichtigen Aufgaben erfüllen zu können. So hat Ministerpräsident Peter Altmeier, der als einer der treuesten und bewährtesten Freunde und Vertrauensmänner des Bundeskanzlers bekannt ist, es nicht gescheut, wiederholt als Wortführer der Länder mit großem Nachdruck und sichtbarem Erfolg die Interessen der Länder gegenüber dem Bund zu vertreten. Er hat damit wiederholt Eigenständigkeit und Profil gezeigt und ist deshalb weit über die Grenzen seines Landes als Politiker geschätzt und angesehen.

### **CDU-Politik zielbewußt in die Zukunft gerichtet**

Die CDU gibt sich mit dem Erreichten nicht zufrieden. Sie weiß auf Grund ihrer langen Verantwortung für das Land besser als jede andere Partei, was noch zu tun bleibt, und so erblickt sie auch in den Erfolgen der letzten Jahre die Voraussetzung für die Bewältigung großer noch vor uns liegender Gemeinschaftsaufgaben – besonders auf dem für unser Land so wichtigen Gebiete der Strukturverbesserung. In der Landesplanung und Raumordnung hat Ministerpräsident Peter Altmeier angekündigt, daß die Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode einen beträchtlichen Schritt weitergehen will. Grundlage soll ein Landesplanungsgesetz sein. Auch auf vielen anderen Gebieten sind neue Initiativen der CDU angekündigt.

**Wer sich wie die CDU in der Vergangenheit bewährt hat, bietet die Garantie dafür, daß er auch die Zukunft meistern wird.**

### **Ein steiler Aufstieg**

**Die Leistungen der CDU in der Vergangenheit und ihre politischen Vorstellungen und Pläne für Gegenwart und Zukunft garantieren für**



**die rheinland-pfälzische Bevölkerung politische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit im Rahmen des Bundes und Europas und sie bedeutet Fortschritt und Wohlstand.**

Unanfechtbare Beweise für den steilen Aufstieg des Landes mögen noch einige Zahlenbeispiele bringen. Während noch 1950 der Haushaltsplan des Landes knapp eine halbe Milliarde vorsah, hat er sich inzwischen mehr als vervierfacht. In der vergangenen Legislaturperiode verdeutlichen sich die Leistungen der CDU besonders in dem Ansteigen einiger Schwerpunktprogramme. Zum Beispiel:

|                             | 1958<br>DM | 1963<br>DM                   |
|-----------------------------|------------|------------------------------|
| Kommunaler Finanzausgleich  | 133 Mio    | 426 Mio                      |
| Förderung des Wohnungsbaues | 30,2 Mio   | 107 Mio                      |
| Kulturetat                  | 213 Mio    | 376 Mio                      |
| Straßenbau                  | 51 Mio     | 157 Mio                      |
|                             |            | (dazu 200 Mio<br>des Bundes) |

Trotz der gewaltig gestiegenen Ausgaben wurde durch die sparsame Haushaltsführung der CDU auch die Verschuldung des Landes planmäßig abgebaut. 1962 waren es noch DM 260 Mio Landesschulden, also nur noch die Hälfte der DM 500 Mio des Jahres 1959.

**Allein diese wenigen Zahlen beweisen:**

**Rheinland-Pfalz ist mit der CDU gut gefahren.**

**Die CDU und mit ihr Peter Altmeier haben sich mit diesen Leistungen das Vertrauen der Bevölkerung auch für die kommenden vier Jahre gesichert.**





# Wirtschaft und Verkehr

## Erhard's Wirtschaftspolitik = Wohlstand für alle

### Die Soziale Marktwirtschaft

An der Wiege der Sozialen Marktwirtschaft stand Professor Erhard. Das System der Zentralverwaltungswirtschaft wurde abgeschafft. Die neue wirtschaftspolitische Linie mußte zunächst gegen schärfsten Widerstand der SPD verteidigt werden, konnte aber bereits nach kurzer Zeit durch praktische Erfolge ihre Überlegenheit beweisen. Diese Erfolge sind so eindrucksvoll gewesen, daß die ursprüngliche Kritik immer mehr verstummte. **Heute bekennen sich alle in der Bundesrepublik irgendwie maßgebenden politischen Kräfte – die SPD im Godesberger Programm zumindest nach außen hin – zur Marktwirtschaft, ein Beweis für die Überlegenheit dieses Wirtschaftssystems gegenüber der fälschlich als „Planwirtschaft“ bezeichneten Zentralverwaltungswirtschaft mit allen ihren Spielarten.**

### Gegen Wirtschaftslenkung – für Wettbewerbsordnung

Die Marktwirtschaft ist gekennzeichnet durch das Fehlen staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess. Der Markt entscheidet über die Preise für Güter und Dienstleistungen, über Art und Umfang der Güterproduktion, über die Einkommensbildung und über die Verteilung von Gütern und Leistungen. Das Funktionieren des Systems setzt eine stabile Geldordnung und eine Sicherung des Wettbewerbs gegen Beschränkungen und Verfälschungen voraus.

### Persönliche Freiheit

Jedem Wirtschaftsbürger, sei er Unternehmer, Angestellter oder Arbeiter, steht es im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich frei, wo und wie er seine persönlichen Fähigkeiten und seine sachlichen Mittel im Wirtschaftsprozess einsetzen will. Niemand wird in einen bestimmten Arbeitsplatz oder zu einer bestimmten Tätigkeit gedrängt. Jeder ist frei in der Verwendung seines Einkommens. Jeder, der aktiv im Wirtschaftsleben steht, verfügt heute frei über ein angemessenes und ausreichendes Einkommen, das darüber hinaus die Möglichkeit zur Vermögensbildung durch Sparen bietet.



### **Fortschritt und Wohlstand**

Die CDU-Wirtschaftspolitik hat den Rahmen geschaffen für eine ständige und allgemeine Steigerung des Volkswohlstandes während der letzten anderthalb Jahrzehnte. Ein Blick auf die Entwicklung der arbeits-täglichen industriellen Produktion ist eindrucksvoll. Sie hat von 1950 bis 1962 um 225 % zugenommen. Ähnliche Zuwachsraten sind bei den Umsätzen des Handwerks und des Handels festzustellen.

### **Sicherer Arbeitsplatz – hoher Reallohn**

Die Soziale Marktwirtschaft hat den drohenden Schatten der Massenarbeitslosigkeit, der nach dem Kriege über ganz Deutschland lastete, vollkommen überwunden.

**Die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz ist von 6,3 % der Gesamtzahl der Arbeitnehmer im Jahre 1950 auf weniger als 0,3 % im Jahre 1962 zurückgegangen.**

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist von 723000 im Jahre 1950 auf fast 1,2 Millionen im Jahre 1962 gestiegen. Damit sind in dieser Zeit mehr als **60 % zusätzliche** Arbeitsplätze im Lande geschaffen worden, eine Entwicklung, die erheblich über dem Durchschnitt des gesamten Bundesgebietes liegt. Die Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter (männlich und weiblich) sind von 1950 bis August 1962 um rund 165 % gestiegen. Allein seit 1958 beträgt die Steigerung fast 50 %, die Steigerung der Lebenshaltungskosten dagegen nur 8,7 %.

### **Freier Wettbewerb**

Der Wettbewerb ist das Lebenselement der Marktwirtschaft. Nur der Wettbewerb verhindert eine Überforderung der Marktpartner durch unbillige Preise und Geschäftsbedingungen. Nur der Wettbewerb belohnt die bessere Leistung. Nur der Wettbewerb vermag die dauernde Verfestigung von Machtpositionen in der Wirtschaft zu verhindern. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) will daher den Wettbewerb gegen Beschränkungen und Verfälschungen schützen.

### **Die Wirtschaftspolitik der CDU in Rheinland-Pfalz**

### **Gewerbliche Wirtschaft im Vormarsch**

Rheinland-Pfalz wird auch heute noch gern als Land der Äcker, Reben und Wälder bezeichnet. Dieses Wort hat allerdings nur noch in beschränktem Maße Geltung. 1960 waren 21 % der Beschäftigten in der



Land- und Forstwirtschaft tätig (1950 = 36 %), aber schon 44 % im produzierenden Gewerbe. Die übrigen Erwerbsspersonen entfallen auf Handel und Verkehr = 17 % (1950 = 14 %), auf den Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen = 18 % (1950 = 14 %).

Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung wird nach der Erfahrung der letzten Jahre auch weiterhin zurückgehen. Daher verdient die Landwirtschaft auch künftig besonderen Schutz und besondere Förderung. Die Entwicklung zeigt jedoch, daß der gewerblichen Wirtschaft und damit auch der Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz ein immer stärkeres Gewicht zukommt.

### **Industrieproduktion über Bundesdurchschnitt**

Die gewerbliche Wirtschaft des Landes hat in den vergangenen Jahren mit dem Bund nicht nur Schritt halten können, sondern die im Bundesdurchschnitt zu verzeichnende Entwicklung auf einigen Gebieten sogar überflügelt. Die Industrieproduktion in Rheinland-Pfalz ist von 1950 bis 1961 um 201 % gestiegen bei einer Steigerung von 164 % im Bundesdurchschnitt. Das gleiche gilt für den Bereich der Verbrauchsgüterindustrie mit einer Steigerungsrate von 197 % gegenüber 120 % im Bundesdurchschnitt.

Die Zahl der Industriebeschäftigten, die im Jahr 1950 218 000 betragen hatte, ist bis 1962 auf rund 375 000 gestiegen.

Die Umsatzsteigerung betrug in der gleichen Zeit 364 %.

### **Erweiterung des Exportes**

Noch ausgeprägter war die Steigerung der Auslandsumsätze der Rheinland-Pfälzischen Industrie, die 418 % betrug. Allein von 1958 bis 1962 haben die Auslandsumsätze der Industrie um 33 % zugenommen. Die im Verhältnis zur Entwicklung der Beschäftigtenzahl weit größere Steigerung der Umsätze legt von der immer mehr zunehmenden Produktivität der heimischen Wirtschaft Zeugnis ab.

### **Ausweitung des Handels**

Die Großhandelsumsätze in Rheinland-Pfalz stiegen von 1950 bis 1961 von 2,7 Mrd DM auf 5,9 Mrd DM, und die Einzelhandelsumsätze von 1,5 Mrd DM auf 4,2 Mrd DM.



### **5 Mrd DM Umsatz im Handwerk**

Das Rheinland-Pfälzische Handwerk gehört zu den bedeutendsten Trägern unserer Wirtschaft. Die Zahl der Kleinstbetriebe ist zwar in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Die Beschäftigtenzahl dagegen stieg im Jahre 1961 auf 211 000 gegenüber 184 000 im Jahre 1949. Die Betriebe haben am technischen Fortschritt vollauf teilgenommen und über Rationalisierung und Modernisierung ihre Leistungskraft wesentlich verstärkt. **Die Umsätze des Handwerks stiegen von einer Milliarde DM im Jahre 1949 auf 5,2 Mrd im Jahre 1962.**

**Die Gruppe Industrie, Handel und Handwerk hat insgesamt ihren Umsatz in den letzten 12 Jahren mehr als verdreifacht.**

### **Steigender Fremdenverkehr**

Der Ruf von Rheinland-Pfalz als Reiseland steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Entwicklung des Fremdenverkehrsgewerbes. Während im Jahre 1951 nur 35 000 Fremdenbetten zur Verfügung standen, waren es 1962 67 000. Die Zahl der Fremdenübernachtungen hat noch wesentlich stärker zugenommen; sie erreichte im Fremdenverkehrsjahr 1953/54 rund 4,5 Millionen und stieg 1961/62 auf rund 8 Millionen an.

### **Wirksame Strukturpolitik**

Gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Überlegungen lassen eine Harmonisierung der Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur im ganzen Land geboten erscheinen. Die heimatverbundene und bodenständige Bevölkerung in den Höhegebieten bedarf ausreichender Erwerbsmöglichkeiten an Ort und Stelle, wenn sie nicht gegen ihren Willen zur Abwanderung genötigt werden soll. Die CDU-Politik der regionalen Strukturverbesserung beugt der sozialen Entwurzelung der Bevölkerung in den Höhegebieten vor. Das künftige Wirtschaftswachstum hängt von einer Erschließung versteckter Leistungsreserven ab, die praktisch nur noch in den Höhegebieten zur Verfügung stehen. Schließlich ist es auch im Interesse der Ballungsgebiete selbst, eine noch stärkere Anhäufung von Bevölkerung und Produktionsstätten zu vermeiden, da die Kosten für die kommunalen Verkehrs- und Versorgungsleistungen (Straßen, Nahverkehrsmittel, Energieversorgung, Reinhaltung des Wassers und der Luft, Krankenhäuser, Schulen usw.) unerschwinglich werden.



### **40 000 neue Arbeitsplätze**

Neben einer sinnvollen Reform der Landwirtschaft und ihrer Anpassung an den EWG-Markt strebt die CDU durch Ansiedlung neuer und Verstärkung bestehender gewerblicher Betriebe die Schaffung von ausreichenden Arbeitsplätzen an. Die CDU-Landesregierung hat sich vor allem in den letzten Jahren darum bemüht, gewerbliche Betriebe zur Ansiedlung in den wirtschaftsschwachen Teilen des Landes zu bewegen. Allein in den Jahren der letzten Legislaturperiode sind in Rheinland-Pfalz mit Hilfe von öffentlichen Mitteln 181 Betriebe mit rund 14 000 Arbeitsplätzen neu entstanden oder aus vorhandenen Betrieben herausgewachsen. Dies wurde erreicht durch Darlehen der öffentlichen Hand in Höhe von rund 35 Mio DM, durch Übernahme von Bürgschaften für weitere 6,3 Mio DM und durch die Zinsverbilligung eines zusätzlichen Darlehensvolumens von 13,5 Mio DM.

**Insgesamt sind bisher im Rahmen der Strukturverbesserungspolitik in Rheinland-Pfalz mehr als tausend gewerbliche Betriebe mit rund 40 000 neuen Arbeitsplätzen geschaffen worden. Stellt man eine entsprechende Zahl von Familienangehörigen in Rechnung, so ergibt sich als praktische Folge dieser Politik, daß für über 150 000 Menschen eine neue Existenzgrundlage geschaffen worden ist.**

### **CDU schafft Voraussetzung für Unternehmer-Initiative**

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist es grundsätzlich der freien Entscheidung des Unternehmers überlassen, ob, wann, wo und in welcher Größenordnung er neue Produktionsstätten errichten will. Die Freiheit der unternehmerischen EntschlieÙung wird und darf nicht ange-tastet werden. Nichtsdestoweniger hat die marktkonforme „Steuerung mit leichter Hand“ durch die Vergabe von Förderungsmitteln für Ansiedlungsvorhaben in wirtschaftsschwachen Teilen des Landes bereits wesentlich zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur beigetragen. Die CDU will mit diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen günstige Voraussetzungen für eine wirkungsvolle unternehmerische Initiative schaffen.

### **Katalog der Förderungsmaßnahmen**

Die in den vergangenen Jahren und auch heute noch vollzogenen Maßnahmen zur Strukturverbesserung sind den unterschiedlichen Gegebenheiten angepaßt.



Allein im Rahmen des „Regionalen Förderungs-Programms“ sind der Wirtschaft unseres Landes bis heute Darlehen in Höhe von insgesamt 41 Mio DM zugeflossen; daneben ist ein Darlehensvolumen von rund 18,5 Mio DM zinsverbilligt worden.

Aus dem 1959 zu diesem Programm hinzugetretenen Landesergänzungsprogramm sind wirtschaftsfördernde Darlehen in Höhe von rund 4 Mio DM gewährt worden, während Darlehen in Höhe von 1 Mio DM zinsverbilligt wurden.

Aus Mitteln des Landesgrenzlandfonds stehen Darlehen und Zinszuschüsse zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Grenzkreisen zur Verfügung.

Der Außerordentliche Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr sieht ebenfalls Darlehen zur regionalen Strukturverbesserung vor.

Diese Vielzahl von Programmen dient dem einen Ziel – Verbesserung der Erwerbsstruktur in den wirtschaftsschwachen Teilen des Landes durch Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze. Auch das von der Landesregierung eingeleitete Westerwald-Taunus-Programm soll durch Einbeziehen weiterer Gebiete in die regional gezielte Förderung neue Ansätze für eine beschleunigte Entwicklung der Wirtschaft schaffen.

### **Förderungsschwerpunkte**

Nachdem inzwischen eine gewisse Grundausstattung für das gesamte Gebiet vorhanden ist, ist die CDU-Landesregierung dazu übergegangen, einzelne Förderungsschwerpunkte zu bilden. Das Programm zur Förderung zentraler Orte hat in den letzten Jahren für einige Standorte (Wittlich-Wengerohr, Simmern, Marienberg, Bitburg, Kusel) besondere Akzente gesetzt.

Im Rahmen einer Untersuchung über Möglichkeiten der Strukturverbesserung im Eifel-Hunsrück-Gebiet, welche die Unterstützung des Bundes und der EWG gefunden hat, wird ebenfalls auf ausgewählte Entwicklungsschwerpunkte abgehoben.



## **Rheinland-Pfalz und die EWG**

Die Landesregierung hat nicht nur eigene Mittel für die regionale Strukturverbesserung bereitgestellt, sondern sich mit Erfolg für ein großzügiges Engagement des Bundes eingesetzt. Neuerdings ist es darüber hinaus gelungen, Kontakte zur Kommission der EWG zu knüpfen. **Die EWG zeigt gerade an einer Wirtschaftsentwicklung in Rheinland-Pfalz, als dem künftigen Herzstück des Gemeinsamen Marktes, besonderes Interesse. Rheinland-Pfalz, das bisher Rand- und Grenzland gewesen ist, sieht sich damit vor ganz neue Chancen für die künftige Wirtschaftsentwicklung gestellt.** Der von der Bundesrepublik, Frankreich und Luxemburg gemeinsam vollzogene Ausbau der Mosel zur Großschiffahrtsstraße, ist charakteristisch für diese Hinwendung zu großräumigeren Strukturen und schafft nicht nur für das Moseltal, sondern auch für die im Norden und Süden angrenzenden Gebiete neue Standortvorteile.

## Großzügige und fortschrittliche Verkehrsplanung

### **Ausbau des Verkehrsnetzes**

Eine entscheidende Voraussetzung für den weiteren Aufstieg des Landes Rheinland-Pfalz sieht die CDU in der Vervollkommnung des Verkehrsnetzes. Entsprechend der unterschiedlichen Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur des Landes weist die Verkehrsdichte seit jeher wesentliche Unterschiede auf. Während in der Nord-Südrichtung (Rheintal) bereits seit langer Zeit für Binnenschifffahrt, Eisenbahn und Straßenverkehr günstige Möglichkeiten der Verkehrsbedienung bestehen, ist die Verkehrsdichte in den rechts- und linksrheinischen Höhengebieten bis heute wesentlich geringer geblieben. Seit Bestehen des Landes Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung ihr Augenmerk nicht nur darauf gerichtet, die unter dem Druck des wachsenden Verkehrsaufkommens allmählich zu eng werdenden Verkehrswege im Rheingebiet zu erweitern und zu verbessern, sondern auch in den benachbarten Höhengebieten bessere Möglichkeiten der Verkehrsbedienung zu schaffen.

### **Elektrifizierung der Bundesbahn**

Das Eisenbahnnetz in Rheinland-Pfalz genügt allen praktischen Erfordernissen. Die Landesregierung war darüber hinaus in der Vergangenheit darum bemüht, Rationalisierungsmaßnahmen – insbesondere die Elektrifizierung der beiden Rheintalstrecken und der Strecke Ludwigshafen-Kaiserslautern-Saarbrücken – durch Gewährung von Finanzierungsbeihilfen zu unterstützen.

### **Gegen Streckenstilllegungen**

Die CDU sah sich mehrfach veranlaßt, Plänen der Deutschen Bundesbahn zur Stilllegung von Strecken und Abfertigungsstellen zu widersprechen, soweit dadurch wohlverstandene Interessen der Bevölkerung und Wirtschaft gefährdet erschienen. Der Landesregierung ist es gelungen, die Stilllegungspläne in einer Reihe von Fällen zu vereiteln. Dies gilt insbesondere für Streckenstilllegungen in den Grenzteilen des Landes, die durch Krieg und Kriegsfolgen besonders gelitten haben.

### **Zuschüsse für nicht bundeseigene Eisenbahnen**

Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen haben seit Jahren vom Land Rheinland-Pfalz Zuschüsse zur Rationalisierung und Modernisierung ihres Betriebes erhalten.



**Moselbahn** Auf dem Streckenabschnitt der Moselbahn zwischen Bullay und Niederemmel und Piesport ist ein Schienenersatzverkehr eingerichtet worden, der sich inzwischen in befriedigender Weise eingespielt hat. Die Trasse der Moselbahn soll auf diesem Teilstück für Zwecke des Straßenbaues nutzbar gemacht werden. Auf dem Abschnitt zwischen Neumagen und Trier bleibt der Schienenverkehr im vollen Umfang aufrechterhalten und zwar so lange, wie es im Interesse der ortsansässigen Bevölkerung und Wirtschaft erforderlich erscheint.

**Binnenschifffahrt** Die Bedeutung des Schiffverkehrs und der Hafenwirtschaft des Landes findet in dem steigenden Umschlag der rheinland-pfälzischen Häfen seinen Niederschlag. Allein im Jahre 1962 wurden mehr als 29 Mio t Güter umgeschlagen. Nach Fertigstellung des Ausbaues der Mosel zur Großschiffahrtsstraße wird das Gewicht, das der Binnenschifffahrt in Rheinland-Pfalz zukommt, noch weiter zunehmen.

**Neubau und Ausbau von Häfen** Von der Landesregierung sind in den vergangenen Jahren der Ausbau und die Erweiterung verschiedener Häfen durch Gewährung von Zuschüssen erheblich unterstützt worden. Weiter hat sich die CDU energisch für folgende Neubauprojekte eingesetzt, um den wachsenden Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft Rechnung zu tragen:

Bau eines neuen Hafens in der Nähe von Koblenz

Bau eines Landeshafens in Wörth/Südpfalz

Errichtung eines weiteren Hafens in der Nähe von Trier (Ehrang-Pfalzel)

Eine verstärkte industrielle Erschließung der Anliegergebiete ist mit dem Abschluß des Moselausbaues zu erwarten. Dies gilt insbesondere für den Trierer Raum, wo unter Mitwirkung des Landes ein Zweckverband „Wirtschaftsförderung im Trierer Hafengebiet“ gegründet worden ist.

**Saar-Pfalz-Kanal** Sowohl die CDU-Landesregierung von Rheinland-Pfalz, wie auch die CDU-Fraktion haben sich in Übereinstimmung mit der Saarländischen Regierung und der CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, sowie den beteiligten Wirtschaftsorganisationen für den Bau eines Saar-Pfalz-Kanales ausgesprochen.



Der Bau eines solchen Kanals ist, da es sich um eine Bundeswasserstraße handelt, Aufgabe des Bundes. Für den Südtel des Landes ist dieser Kanal von erheblicher Bedeutung.

### **Moderner Straßenbau**

Mit Rücksicht auf die immer größere Belastung des Straßennetzes hat sich die CDU seit Jahren mit Erfolg um den Ausbau der vorhandenen und den Bau neuer Straßen bemüht. Im Haushalt für 1963 sind bereits Mittel von 383 Mio DM für Zwecke des Straßenbaues veranschlagt.

Dieser Betrag gliedert sich auf in

159 Mio DM für den Aus- und Neubau von Bundesstraßen,

113 Mio DM für Landstraßen I. Ordnung und

68 Mio DM für Landstraßen II. Ordnung.

### **Fortschrittliche Planung**

Die Landesregierung sucht im Rahmen der umfassenden Straßenbauvorhaben vor allem die überaus stark frequentierten Hauptverkehrsstraßen in der Nähe der großen Städte durch Schaffung von Umgehungsstraßen zu entlasten. Hinzu kommt die Erschließung der wirtschaftlich schwach durchsetzten Höhegebiet und die Mitarbeit an der Schaffung eines leistungsfähigen Europa-Straßennetzes.

### **Schwerpunkte des Straßenbaues**

Das Hauptverkehrsnetz, das nach der endgültigen Fertigstellung alle Teile des Landes an den überregionalen Verkehr anschließen soll, liegt in der Planung fest und ist bereits zu einem erheblichen Teil praktisch verwirklicht:

Bereits fertiggestellter Teilabschnitt Dernbach-Höhr-Grenzhausen der Autobahn Montabaur-Koblenz,

bald Freigabe des Anschlußstücks in Richtung Bendorf,

Brückenschlag zur Bundesstraße 9,

Weiterführung des Straßenzugs durch die Eifel im Zuge der Bundesstraße 408,

Bundesautobahn im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz zweibahnig,

Beseitigung von Ortsdurchfahrten und schienengleichen Bahnübergängen sowie Ausbau der Bundesstraße 9,

Ausbau des Straßenstücks zwischen Koblenz und Weißenthurm,



Ausbau des Abschnitts zwischen Bad Niederbreisig und Sinzig sowie bei Rolandseck,

Ortsumgehungen Weißenthurm-Andernach, Oberwesel und Bingen, weit vorangeschrittene Arbeit an der Stadtumgehung Mainz,

Ausbau der Bundesstraße 10 im Interesse des überregionalen Verkehrs, Anschlüsse an das rechtsrheinische Straßennetz über die Rheinbrücken bei Schierstein und Weisenau.

#### **Autoschnellstraße**

Um auf lange Sicht eine noch stärkere Entlastung der Rheintalstraßen herbeizuführen, hat sich die CDU mit Erfolg für den Bau einer linksrheinischen Autoschnellstraße zwischen Bonn und dem Raum Ludwigshafen eingesetzt, die parallel zur Bundesstraße 9 durch Eifel und Hunsrück südwärts führen soll. Diese Autoschnellstraße, die auf Teilstrecken zwischen Rheinböllen und Dietersheim bereits im Bau ist, wird 4-spurig mit Mittelstreifen und zum Teil mit Standspuren angelegt.

#### **Europa-Straße 42**

Die geplante Europa-Straße 42 soll den Raum Luxemburg und Trier mit Köln und dem Ruhrgebiet verbinden. Dieser Straßenzug wird nicht nur eine bessere Verbindung zwischen dem Kölner Raum und unseren westlichen Nachbarländern darstellen, sondern auch zur Verbesserung der Verkehrs- und Wirtschaftsstruktur in den wirtschaftsschwachen Gebieten der Eifel beitragen.

#### **Frostsicherer Ausbau**

In den Höhegebieten des Landes spielte vor allem der frostsichere Ausbau der Straßen eine Rolle. Für diesen Zweck wurden allein in den Jahren 1959 bis 1961 Landesmittel in Höhe von 41 Mio DM aufgewandt. Hinzu kamen 10 Mio DM an Bundesmitteln.

#### **Hilfe für Kreise und Gemeinden**

In jüngster Zeit wurden mehr als 650 km Landstraßen I. Ordnung zu Bundesstraßen aufgestuft, während mehr als 800 km Kreisstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen vom Land übernommen worden sind.

Die für die Erhaltung und den Ausbau des Straßennetzes gewährten Zuschüsse an leistungsschwache Gemeinden haben sich von 10 Mio DM im Jahre 1951 auf 29 Mio DM im Jahre 1963 erhöht.



Insgesamt wurden für diesen Zweck allein in den Jahren 1959 bis 1962 53,9 Mio DM an Landesmitteln und 18,1 Mio DM an Bundesmitteln bereitgestellt.

### **Neues Landesstraßengesetz**

Das neue Landesstraßengesetz sieht vor, daß jede Gemeinde an einen überörtlichen Verkehrsweg anzuschließen ist. Diese Feststellung ist sowohl für die künftige Verkehrs-, wie auch für die Wirtschafts- und Strukturpolitik von erheblicher Bedeutung. Nach der neuen Straßeneinteilung fallen die Gemeindeverbindungsstraßen völlig weg.

Es bleiben Landstraßen I. O. mit der Baulastträgerschaft des Landes, Kreisstraßen mit den Kreisen als Baulastträgern und Gemeindestraßen. Die 17 160 km Straßen in Rheinland-Pfalz werden sich im Rahmen einer noch zu erlassenen Rechtsverordnung etwa wie folgt aufteilen:

|                    |           |
|--------------------|-----------|
| Bundesstraßen      | 3 386 km  |
| Landstraßen I. O.  | 6 664 km  |
| Landstraßen II. O. | 7 298 km. |

Diese Einteilung hat eine große Mehrbelastung der Landkreise, besonders in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier, zur Folge. Daher wird die CDU-Landesregierung versuchen, im größtmöglichen Umfang die Kreise durch Übernahme von Kreisstraßen als Landesstraßen zu entlasten. Darüber hinaus sollen durch Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes – Zuteilung der Straßenbaumittel – die stark belasteten Kreise besonders unterstützt werden.

Diese Maßnahmen werden verkehrspolitisch beachtliche Verbesserungen in allen Gebieten unseres Landes auf dem Gebiet des Straßenbaues herbeiführen.

### **Sicherheit im Straßenverkehr**

Die CDU beeindruckt nicht nur durch km-Leistungen im Straßenverkehr, sondern sie setzt sich besonders für die Sicherheit im Straßenverkehr ein:

Erhöhte Anforderungen an Führerscheinbewerber,

Verkehrsunterricht in den Schulen und geeignete Ausstattung mit Lehrmitteln und Schulverkehrszimmern,

Verkehrsbriefe an alle Haushaltungen in Rheinland-Pfalz,

zusätzliche technische Prüfstellen der Technischen Überwachungsvereine in Koblenz, Worms und Bad Kreuznach.



**Wirtschafts- und Verkehrs-  
politik aus einem Guß**

Alle Bestrebungen der CDU laufen darauf hin, eine Verkehrspolitik aus einem Guß zu treiben, in der den einzelnen Verkehrsbereichen der ihnen jeweils zukommende Platz eingeräumt ist.

**Eine vorausschauende Verkehrspolitik schafft die Grundlagen für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung in der Zukunft. Die ständige Abstimmung mit den Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik durch die Zusammenfassung von Verkehr und Wirtschaft in einem Landesressort unter der bewährten Leitung des Ministerpräsidenten und Ministers für Wirtschaft und Verkehr Peter Altmeier trägt dazu bei, daß Wirtschaftspolitik und Verkehrspolitik im Lande Rheinland-Pfalz sich im Interesse des Gemeinwohls stets harmonisch ergänzen. Die CDU hat im Gegensatz zu den anderen Parteien rechtzeitig die Bedeutung und Notwendigkeit der Europapolitik erkannt und ist daher auch auf dem Gebiet der Verkehrspolitik den anderen Parteien voraus.**





## Mittelstandspolitik

### Wer gehört zum Mittelstand?

Die Frage nach der Abgrenzung des Mittelstandes ist berechtigt, die Antwort meist unklar und nicht eindeutig.

Stellt man jedoch darauf ab, was die Wirtschaftspolitik zur Mittelstandsförderung leisten kann und geleistet hat, so verengt sich der Kreis regelmäßig auf den Bereich des selbständigen gewerblichen Mittelstandes. Dem herkömmlichen Sprachgebrauch folgend soll daher nur vom selbständigen Mittelstand – insbesondere dem gewerblichen Mittelstand – die Rede sein.

### Warum Förderung?

Gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Erwägungen sprechen für eine intensive Mittelstandsförderung. Die Angehörigen des selbständigen Mittelstandes bewahren schon durch ihre Existenz, aber auch durch ihre schöpferischen Leistungen in allen Bereichen des Wirtschaftslebens unsere Gesellschaft davor, zur reinen „Arbeitnehmergesellschaft“ zu werden und einem in seiner Einseitigkeit unerwünschten Versorgungsdenken zu verfallen. Der selbständige Unternehmer ist eine der stärksten Stützen für die Erhaltung der Freiheit.

Wirtschaftlich gesehen hängt das Funktionieren der Wettbewerbswirtschaft von einer möglichst großen Zahl von Anbietern und Nachfragern ab. Würde der gewerbliche Mittelstand zerrieben, so wäre die Folge eine einseitige Beherrschung der Märkte durch Großbetriebe und großbetriebliche Zusammenschlüsse.

**Die CDU ist für eine gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben und tritt für ein selbständiges Unternehmertum ein.**

### Mittelstand in der Umschichtung

Oft hört man, der Mittelstand habe in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Das Vordringen der Großbetriebe vollziehe sich unaufhaltsam; der Mittelstand könne sich im Wettbewerb nicht behaupten und sei früher oder später zum Untergang verurteilt.



Die pessimistische Prognose trifft jedoch nicht zu. Zwar ist die Zahl der Handwerksbetriebe im Lande Rheinland-Pfalz von 1949 bis 1962 um rund 20 % zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten im Handwerk hat dagegen um 35 000 auf fast 220 000 zugenommen. Offenbar sind in aller Regel nur Kleinstbetriebe aufgegeben worden, während andere Betriebe dafür in höhere Größenklassen hineingewachsen sind. Vom Strukturwandel besonders betroffene Handwerkszweige haben sich oft mit Erfolg auf völlig neue Betätigungsmöglichkeiten umgestellt, wie das Beispiel der zu Landmaschinen Schlossern gewordenen ländlichen Hufschmiede zeigt.

Der gleiche Prozeß wie im Handwerk vollzieht sich in der mittelständischen Industrie und im Handel: Rückgang der Kleinstbetriebe bei beachtlicher Leistungssteigerung in den gesunden Klein- und Mittelbetrieben. Dieser Ausleseprozeß im harten Wettbewerb vollzieht sich nicht ohne Schmerzen und Schwierigkeiten. **Die CDU bemüht sich, unvermeidliche Umstellungen zu erleichtern, gleiche Startchancen zu bieten und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.**

### **Steuerliche Entlastungen**

Die CDU Rheinland-Pfalz hat über die Landesregierung und den Bundesrat daran mitgewirkt, daß in den vergangenen Jahren wichtige Verbesserungen auf dem Gebiete des Steuerrechts zu Gunsten der mittelständischen Wirtschaft verwirklicht werden konnten.

Hier das Resultat:

Einführung des „**Splitting**“ = Aufteilung der Einkünfte je zur Hälfte auf beide Ehegatten. – Hierdurch ist besonders das den gewerblichen Mittelstand betreffende Problem der gerechten Berücksichtigung der mitarbeitenden Ehefrau befriedigend gelöst worden.

Erhöhte Berücksichtigung der Aufwendungen für die private und freiwillige Altersfürsorge.

Befreiung sämtlicher Lebensmittel auf der Großhandelsstufe durch die 11. Novelle zum Umsatzsteuergesetz 1961.

Heraufsetzung des Umsatzsteuerfreiheitsbetrages von 8 000,- DM auf 12 000,- DM.



Völlige Freistellung des Milchhandels von der Umsatzsteuer.

Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrages – sogenannter Unternehmerlohn – von 2 400,- DM auf 7 200,- DM.

Vermögenssteuerentlastungen für den Mittelstand durch Erhöhung des allgemeinen Freibetrages von 10 000,- DM auf 20 000,- DM und der Kinderfreibeträge von 5 000,- DM auf 20 000 DM jährlich.

### **CDU für Mehrwertsteuer**

Die Quintessenz des geltenden Umsatzsteuersystems lautet: Je kleiner der Unternehmer, desto höher die Umsatzsteuer. Die CDU tritt daher in Übereinstimmung mit den EWG-Vorstellungen für die Mehrwertsteuer ein, die für den Mittelstand wesentliche Entlastung bringt und bestehende Konzentrationstendenzen mindert. Bei der Mehrwertsteuer wird an Stelle des vereinnahmten Entgelts jeweils die Wertschöpfung, der „Mehrwert“, versteuert. Die Durchsetzung dieses Prinzips schafft größtmögliche Gerechtigkeit und gleiche Startchancen.

### **Senkung der Vergnügungssteuer**

In Rheinland-Pfalz werden für die Vorführungen von Filmen nur noch 10 % des Eintrittspreises oder Entgeltes als Vergnügungssteuer gezahlt. Diese Änderung geht auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurück und trägt ausgesprochen mittelstandspolitischen Charakter.

Für prädikatisierte Hauptfilme und Matinee Vorstellungen bei einem Eintrittspreis bis 1,- DM gilt völlige Vergnügungssteuerfreiheit. Das ergibt einen Steuersatz von durchschnittlich 4 %.

**Es wird Aufgabe der CDU auch in Zukunft sein, durch steuerliche Entlastungen – insbesondere durch Fortfall von Bagatellsteuern – der besonderen Situation des Mittelstandes gerecht zu werden.**

### **Soziale Sicherung**

Die Mittelstandsausschüsse der CDU setzen sich dafür ein, daß auch der Selbständige in die Altersversorgung einbezogen wird. Als Beispiel für die Verwirklichung dieser Ziele soll das 1960 verabschiedete Handwerker-Altersversorgungsgesetz dienen.



## **Sozialpaket und Mittelstand**

Beim sogenannten Sozialpaket handelt es sich um **die** neuen und zu reformierenden Sozialgesetze, die in **einem** Arbeitsgang vorgelegt und behandelt werden sollen. Die Gesetze müssen als eine Einheit verabschiedet werden, da sie sich durch finanzielle Ent- und Belastungen weitgehend ergänzen.

**Im Falle der Lohnfortzahlung hat man einen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, um besonders die wirtschaftliche Situation der mittelständischen Wirtschaft zu berücksichtigen. Die CDU Rheinland-Pfalz tritt für die versicherungsrechtliche Lösung ein.**

Durch das Bundeskindergeldgesetz werden die gesetzlichen Kindergeldkosten zur Entlastung der Wirtschaft und hier besonders der lohnintensiven Betriebe des Mittelstandes in vollem Umfang auf den Bund übertragen.

## **Finanzierungsbeihilfen**

Zur Überwindung der Kriegsfolgen sowie zur Erweiterung und Rationalisierung ihres Produktionsapparates vermochten die Klein- und Mittelbetriebe anders als die Großbetriebe nicht unmittelbar auf den Kapitalmarkt zurückzugreifen. Das Land hat diesem Bedürfnis der mittelständischen Wirtschaft durch Hergabe von Krediten, Zinsverbilligungen und Bürgschaften in großzügigem Umfang Rechnung getragen. Das Volumen der seit der Währungsreform an die mittelständische Wirtschaft ausgereichten Darlehen beläuft sich auf

456 Mio DM Kredite

50 Mio DM Zinsverbilligungen.

Das von der öffentlichen Hand verbürgte Darlehensvolumen beträgt 412 Mio DM Bürgschaften.

Bei den Zinszuschüssen und den Bürgschaften liegt das Schwergewicht bei den Eigenleistungen des Landes Rheinland-Pfalz.

Über den Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr sind den mittelständischen Wirtschaftsbereichen 40 Mio DM bereitgestellt worden. Von diesem Betrag entfallen 30,6 % auf das Handwerk, 12,7 % auf den Handel, 24,9 % auf das Fremdenverkehrsgewerbe und 24,2 % auf die mittelständische Industrie.



**Faßt man die insgesamt – also für regionale Strukturverbesserung und für Mittelstandsförderung – im Bereich der gewerblichen Wirtschaft des Landes gewährten Finanzierungsbeihilfen zusammen, so ergibt sich ein eindrucksvolles Bild. Direkt oder indirekt haben Land und Bund ein Darlehensvolumen von mehr als 1 Mrd für wirtschaftsfördernde Maßnahmen aller Art flüssig gemacht.**

**Ziel der CDU –  
leistungsfähiger Mittelstand**

Neben der der Sozialen Marktwirtschaft immanenten Dynamik ist es den wirtschaftsfördernden Maßnahmen mit maßgeblicher Initiative der CDU zu verdanken, daß Rheinland-Pfalz sich eines Wirtschaftsaufschwunges erfreuen kann, wie er in der Geschichte dieses Gebietes bisher niemals zu verzeichnen war.

**Die CDU bekämpft jede Sozialisierung durch die Hintertür und damit alle Vorschläge, durch Subventionen das unternehmerische Risiko auf Bund und Land abzuwälzen. Die bereits durchgeführten und auch die geplanten Förderungsmaßnahmen können daher nur die Selbsthilfe unterstützen. Jedes versorgungsstaatliche Denken widerspricht den Vorstellungen der CDU. Ein leistungsfähiger und krisenfester Mittelstand ist und bleibt erklärtes Ziel der CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION.**





## Die Landwirtschaftspolitik der CDU

### **Freier Bauernstand im Rahmen der EWG**

Voraussetzung für eine erfolgreiche Agrarpolitik ist und bleibt die Erhaltung und Bewahrung der Freiheit, denn nur in einer freien Welt gibt es noch freie Bauern. Die CDU hat sich immer für die Erhaltung und Stärkung sowie für den notwendigen Schutz dieser Freiheit eingesetzt und wird es auch weiterhin tun. Sie hat sich energisch für eine europäische Zusammenarbeit eingesetzt gegen den langjährigen Widerstand der Opposition, die erst in den letzten Jahren diesen Weg mitging. Erst nach ihren vielen Nein zu europäischen Integrationsmaßnahmen hat die SPD zur EWG Ja gesagt, während die FDP nicht zustimmte. Letztere tat dies allerdings nicht aus agrarpolitischen Überlegungen, wie sie heute so gern behauptet, sondern ganz im Gegenteil, weil sie auf Grund der Romverträge einen zu starken Agrarprotektionismus befürchtete, der besonders zu einer Beeinträchtigung des Handels mit Drittländern führen müßte.

### **Für bäuerliche Familien- betriebe – gegen liberale Auffassung**

Von der FDP-Auffassung, wonach das billigste Angebot beim Einkauf von Agrarprodukten entscheidend ist, hat die deutsche Landwirtschaft nichts zu erwarten. Sie kann mit den zum Teil asozialen Löhnen sowie anderen Dumping-Maßnahmen auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren. In der materiellen Beurteilung der Landwirtschaft treffen sich liberalistisches und sozialistisches Denken, weniger in der Endform, die im Liberalistischen „Farm“ und im Sozialistischen „Kolchose“ heißt. Beide stellen keine Lösung für das Agrarproblem Westeuropas dar und werden daher von der CDU abgelehnt. Die Agrarpolitik der CDU gilt der Erhaltung und Förderung des bäuerlichen Familienbetriebes, der in unserem Land in seiner mannigfachen Form von Intensiv- bis zum Extensivbetrieb weit verbreitet ist. Auch die neben diesen Betrieben vorhandenen Formen wie die des Arbeiterbauern oder des Hobbybauern sowie die wenigen größeren Betriebe werden von der CDU nicht vergessen.

## **Grundsätze der CDU-Agrarpolitik**

Die im Europäischen Parlament vertretenen CDU-Politiker haben sich im Ministerrat mit aller Härte für die Beibehaltung des deutschen Getreidepreises eingesetzt gegen die sozialistische Einheitsfront aus allen Mitgliedsländern und ohne Unterstützung der deutschen FDP-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

**Die CDU betrachtet es als ihre Aufgabe,  
durch Maßnahmen der Handels- und Wirtschaftspolitik das landwirtschaftliche Erzeugerpreisniveau zu stabilisieren,  
mit Hilfe verstärkter Maßnahmen des Grünen Plans die Produktionsgrundlagen der bäuerlichen Betriebe so rationell und wirtschaftlich wie möglich zu gestalten,  
gegenüber konkurrierenden Ländern für die landwirtschaftliche Produktion gleiche Wettbewerbsverhältnisse herzustellen,  
der Landwirtschaft für Betriebsmittel und notwendige Betriebsinvestitionen angemessene Preis- und Kreditbedingungen zu schaffen und  
die sozialen Verhältnisse auf dem Lande zu verbessern und denen in konkurrierenden Ländern anzugleichen.**

## **Leistungen in Zahlen**

Die Erfolge der Agrar- und Wirtschaftspolitik lassen sich zum Teil ablesen aus den gestiegenen Verkaufserlösen der deutschen Landwirtschaft. Die Verkaufserlöse nahmen stärker zu als die Betriebsausgaben:

|         | Verkaufserlöse<br>DM | Betriebsausgaben<br>DM |
|---------|----------------------|------------------------|
| 1949/50 | 8,1 Milliarden       | 6,4 Milliarden         |
| 1957/58 | 17,4 Milliarden      | 13,3 Milliarden        |
| 1960/61 | 20,0 Milliarden      | 15,0 Milliarden        |

Gleichzeitig steigerte die deutsche Landwirtschaft die Ernteerträge gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich.

|           | 1938            | 1960            |
|-----------|-----------------|-----------------|
| Getreide  | 22,4 dz pro ha  | 31,7 dz pro ha  |
| Kartoffel | 185,0 dz pro ha | 235,8 dz pro ha |



**Jahres-Arbeitseinkommen  
gestiegen**

Die Löhne in der Landwirtschaft entwickelten sich wie folgt:

| Jahr    | Erzielter Jahreslohn in der Landwirtschaft |            |
|---------|--|------------|
|         | einschl.<br>Hilfsmaßnahmen<br>DM           | ohne<br>DM |
| 1954/55 | 2 318                                      | 2 308      |
| 1955/56 | 2 507                                      | 2 364      |
| 1956/57 | 2 684                                      | 2 362      |
| 1957/58 | 3 278                                      | 2 714      |
| 1958/59 | 3 538                                      | 2 972      |
| 1959/60 | 3 621                                      | 3 303      |
| 1960/61 | 4 009                                      | 3 340      |

Im gleichen Zeitraum ist der festgestellte Jahreslohn vergleichbarer außerlandwirtschaftlicher Berufsgruppen, der sog. Vergleichslohn, von 3 500,- DM im Jahre 1954/55 auf 5 441,- DM im Jahre 1960/61 gestiegen. Der Einkommensabstand zwischen dem erzielten Lohn der in der Landwirtschaft Tätigen und dem Lohn vergleichbarer Berufsgruppen, den auszugleichen Ziel des Landwirtschaftsgesetzes ist, hat sich damit relativ auf 26% verringert. **Die CDU ist und bleibt bemüht, alle agrar- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zur Verbesserung des bäuerlichen Einkommens voll auszunutzen. Die CDU hat sich maßgebend dafür eingesetzt, daß die Mittel des Grünen Planes von Jahr zu Jahr beträchtlich erhöht wurden.** Seit dem ersten Grünen Plan wurden der deutschen Landwirtschaft folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

|                       |              |
|-----------------------|--------------|
| Zuschüsse             | 13,53 Mrd DM |
| Kredite               | 1,83 Mrd DM  |
| Steuererleichterungen | 3,15 Mrd DM  |
| Lastenausgleich       | 0,92 Mrd DM  |
| ERP                   | 0,56 Mrd DM  |

Der Grüne Plan 1963 soll neben bereits beschlossenen Mehrausgaben von 240 Mio DM auf Drängen von Bundesernährungsminister Schwarz um 160 Mio DM auf insgesamt 2,5 Mrd DM aufgestockt werden.

### **Verbesserung der Agrarstruktur**

Hauptziel der CDU ist die Verbesserung der Agrarstruktur. Hier kann die von der CDU seit Bestehen geführte Landesregierung auf besondere Erfolge verweisen. Seit dem Jahre 1956 stieg der Einsatz von Mitteln für diesen Zweck von 14 Mio DM auf 134 Mio DM im Jahre 1962. Er hat sich also verzehnfacht. Den Anstoß zu dieser Entwicklung gab das Lübke-Programm.

Die Auswirkungen zeigen sich in der Verbesserung der Agrarstruktur innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz sehr deutlich. Wir haben in unserem Land noch 170 000 landwirtschaftliche Betriebe. Nur diejenigen Betriebe, die fast nie selbständige Betriebsgrößen waren, haben angesichts der gewandelten Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur und der allgemein gestiegenen Ansprüche an die Lebenshaltung ihre Existenzfähigkeit verloren. **Die Wirtschaftspolitik der CDU und das erfolgreiche Bemühen der Landesregierung um Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft haben diesen Menschen einen freiwilligen Berufswechsel bei gleichzeitiger sozialer Besserstellung ermöglicht.** Die aufgegebenen Betriebe stammen überwiegend aus der Betriebsgrößenklasse unter 5 ha. Die Betriebe zwischen 10 und 20 ha haben das freiwerdende Land der kleineren Betriebe aufgefangen und sind im Lande Rheinland-Pfalz in einer überbundesdurchschnittlichen Zunahme begriffen.

Das ist der sichtbare Beweis einer positiven Strukturpolitik, die von Land und Bund gemeinsam mit jährlich steigenden Finanzmitteln betrieben wird. In den von der Natur benachteiligten Gebieten sowie im Grenzgebiet und im Einzugsgebiet des Eifel-Westpfalz-Planes wurden für strukturverbessernde Maßnahmen und zur Verbesserung der Infrastruktur beträchtliche Bundes- und Landesmittel zusätzlich eingesetzt.

### **Flurbereinigung**

Eine wirksame Maßnahme in der Strukturverbesserung bäuerlicher Betriebe ist die Flurbereinigung. Von insgesamt 969 933 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche müssen in Rheinland-Pfalz noch mehr als die Hälfte umgelegt werden. Unter die Flurbereinigung fielen bis zum 31. 12. 1961 452 626 ha, das sind 46,7 %! Darin sind enthalten die Weinberge mit 26 % des gesamten Reblandes. Die Jahresleistung der Flurbereinigung betrug in Rheinland-Pfalz 1961 30 750 ha. Mit dem gleichen Umlegungsergebnis kann man für 1962 rechnen.



**Aussiedlung** Im Grünen Plan 1961 wurden 301 Aussiedlungen mit 21,9 Mio DM Darlehen und 5,6 Mio DM Zuschüssen gefördert. Es handelt sich hierbei um das höchste Jahresergebnis für die Aussiedlung im Grünen Plan seit Beginn dieser Maßnahme im Jahre 1956. 1962 wird mit einer entsprechenden Jahresleistung gerechnet. Insgesamt sind im Grünen Plan seit 1956 in Rheinland-Pfalz 1 000 Aussiedlungen gefördert worden.

**Aufstockung** Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis bei den reinen Aufstockungen. Im Grünen Plan, im Zinsverbilligungsprogramm, in der Anliegersiedlung und in der Flurbereinigung werden neue Aufstockungen gefördert. Durch Bereitstellung von Mitteln im Grünen Plan wurden in Rheinland-Pfalz 717 Aufstockungen gefördert, 3 578 Aufstockungen durch das Zinsverbilligungsprogramm sowie rd. 5 000 Aufstockungen im behördlichen Verfahren.

**Strukturwandel in Zahlen** Durch die Gesamtzahl dieser Maßnahmen veränderte sich die Betriebsgrößenstruktur in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Stand von 1949 wie folgt:

Nach der Betriebszählung von 1960 steht einer Abnahme der Betriebe in den Größenklassen bis 7,5 ha um 47 900 Betriebe bzw. 25,4 % eine Zunahme der Betriebe von 7,5 – 20 ha um 6 200 Betriebe bzw. 22,4 % und in der Betriebsgrößenklassen von 20 – 50 ha um 1 000 Betriebe bzw. 45,5 % gegenüber.

Insgesamt haben 144 300 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche von Kleinbetrieben den Besitzer gewechselt. 106 400 ha sind zu den Betrieben der Größenklasse von 7,5 ha an gewandert. 37 900 ha werden nicht mehr landwirtschaftlich genutzt, sie dienen überwiegend zur Deckung des außerlandwirtschaftlichen Landbedarfs. Ein kleiner Teil ist auch wieder aufgeforstet worden. 40 700 Kleinbetriebe haben durch Landabgabe die Mindestgröße von 0,5 ha unterschritten und werden von der landwirtschaftlichen Betriebszählung nicht mehr erfaßt. Ihr Land dient zu einem großen Teil der Aufstockung anderer Betriebe. Die Mehrzahl der früheren Betriebsstätten ist jedoch dem Land als Wohnplatz erhalten geblieben, während sich die Besitzer einem anderen Berufe zugewandt haben. Eine Verödung des Landes durch den einsetzenden Strukturwandel ist somit nicht zu befürchten.

Durch die Strukturverbesserung hat sich die durchschnittliche Betriebsgröße im Lande Rheinland-Pfalz inzwischen von 4,1 ha (1949) auf etwa 5,1 ha (1960) um rd. 1 ha erhöht. Die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Betrieben der Größenklasse von 7,5 ha und darüber stieg im gleichen Zeitraum von 12,8 ha auf 13,2 ha bzw. um 3 %. Der Gesamtzuwachs an landwirtschaftlicher Nutzfläche in diesen Betrieben beträgt dagegen 27,6 % und steht damit an der Spitze im Bundesgebiet.

### **Wirtschaftswegebau**

Neben der Neuordnung der Feldmark und der Aussiedlung landwirtschaftlicher Betriebe hat die CDU den Wirtschaftswegebau nicht vergessen. Leistungsfähige Feldwege von einer Breite von 3 – 4 m sind eine wesentliche Voraussetzung für den Einsatz von schwerem Ackergerät, für die Mechanisierung der Feldbestellung und für eine zügige Erntebearbeitung. Im Grünen Plan 1960 und 1961 wurden 631 km Feldwege mit 11 Mio DM Zuschuß und 5,7 Mio DM Kredit aus Bundesmitteln sowie 6 Mio DM Zuschuß aus Landesmitteln gefördert.

Für 1962 waren weitere Zuschüsse von 14,2 Mio DM vorgesehen, woran sich der Bund mit 9,085 Mio DM und das Land mit 5,115 Mio DM beteiligen. Der landwirtschaftliche Wirtschaftswegebau wird außerhalb des Grünen Planes mit Landesmitteln gefördert. Der Wegebau in den Weinbergen findet vor allem bei der Flurbereinigung Berücksichtigung.

### **Förderung der bäuerlichen Hauswirtschaft**

Für die zentrale Beheizung des Bauernhauses und für die Warmwasserversorgung im Wohnhaus wurden im Grünen Plan 1961 erstmals umfangreiche Mittel eingesetzt, von denen in Rheinland-Pfalz rund 1 Mio DM ausgegeben wurden.

Der Zuschuß beträgt bis zu 30 %, im benachteiligten Gebiet bis zu 40 % der tatsächlichen Kosten, jedoch höchstens 900 DM für eine Zentralheizung, 1200 DM für eine kombinierte Zentralheizung mit Warmwasserversorgung, sowie 300 DM für eine Warmwasserversorgungsanlage. Im benachteiligten Gebiet sind höhere Grenzwerte vorgesehen.



### **Altershilfe für Landwirte**

Nach § 8 des Altershilfegesetzes hat der Bund die Pflicht, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Beitragsaufkommen und dem Gesamtaufwand der landwirtschaftlichen Altersklassen zu decken. Die erforderlichen Mittel sind im Grünen Plan 1961 erstmals bereitgestellt worden. Auf Rheinland-Pfalz fielen rund 8,5 Mio DM, und 1962 etwa 9,5 Mio DM. Das Jahr 1963 wird auf Antrag der CDU-Bundestagsfraktion eine weitere Verbesserung der Leistungen der Altersklasse bringen.

### **Preispolitik der CDU**

**Die CDU verfolgt auch in der Agrarwirtschaft eine zielbewußte Preispolitik. Wie bisher wird sie sich gegen den Widerstand der Opposition für die Beibehaltung des deutschen Preisniveaus auch im EWG-Bereich einsetzen.**

Da der Veredlungswirtschaft im bäuerlichen Familienbetrieb eine besondere Bedeutung zukommt, ist die Initiative der CDU-Abgeordneten, die Milchwirtschaft besonders zu fördern, sehr zu begrüßen. **Das Land Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, das aus eigenen Mitteln 2 Pfennig für die Förderung der Qualitätsmilch bereitstellt, das sind jährlich rund 13 Mio DM.** Diese Maßnahme kommt besonders den bäuerlichen Familienbetrieben zugute. Die Leistungssteigerung auf dem Milchsektor in Rheinland-Pfalz, die über dem Bundesdurchschnitt liegt, zeigt auch in diesem Falle den Erfolg der CDU-Preispolitik.

### **Rationalisierung der Erzeugung**

Die Förderung technischer Einrichtungen des Futterbaues nimmt in der Erzeugungsförderung des Grünen Planes seit 1957 eine vorrangige Stellung ein. Sie ist Voraussetzung für hohe Leistungen in der Viehwirtschaft. In den Jahren von 1957 bis 1961 wurden in Rheinland-Pfalz rund 9000 Grünfuttersilos mit zusammen 260 000 cbm Rauminhalt mit Schwerpunkten in benachteiligten Gebieten gefördert.

Für eine weitere Dieselkraftstoffverbilligung nach dem Verkehrsfinanzgesetz sind im Grünen Plan Mittel bereitgestellt. Das Gasöl wird um insgesamt 22,75 DM je hundert Kilo verbilligt. Der Gesamtbetrag der Dieselkraftstoffverbilligung im Grünen Plan von 1956–1962 für Rheinland-Pfalz beträgt rund 26 Mio DM, davon etwa 7,3 Mio im Jahre 1962.

Der geförderte Gasölverbrauch ist von 32,8 Mio Litern im Jahre 1956 auf 55 Mio Liter im Jahre 1961 gestiegen.

**Milchpreiszuschlag** Der Förderungszuschlag zum Milchauszahlungspreis wurde im Jahre 1961 in Höhe von 20,2 Mio DM unter den gleichen Voraussetzungen gewährt wie in den vorangegangenen Jahren. Insgesamt wurden von 1957 bis 1962 für diesen Zweck 108 Mio DM gezahlt, bzw. 10 % aller im Grünen Plan seit 1956 für Rheinland-Pfalz gewährten Hilfen. Als Ausgleich für Erlöseinbußen bei der Werkmilchverwertung als Folge anhaltend niedriger Butterpreise im Jahre 1960 wurde im Grünen Plan 1961 einmalig ein Werkmilchbonus gewährt, von dem Rheinland-Pfalz fast 10 Mio DM erhielt. Restliche Zahlungen werden im Grünen Plan 1962 geleistet. Als unmittelbare Folge dieser Förderung hat sich die Milcherzeugung von 1956 bis 1961 von 794 000 t auf 955 000 t erhöht. Gleichzeitig stieg die Milchleistung je Kuh im Jahr von 2291 kg auf 2854 kg.

**Absatzorganisation** Für die Verbesserung der Vermarktung, für die Schaffung neuer Absatzorganisationen und für die Schaffung von Genossenschaften wurden auf Bundes- und Landesebene Mittel zur Verfügung gestellt. Sie kamen insbesondere dem im Lande Rheinland-Pfalz so bedeutsamen Weinbau zugute. Dieser umfaßt zwei Drittel der Anbaufläche des Bundes. Es ist daher verständlich, daß besonders die von der CDU geführte Landesregierung dem Weinbau seit eh und je ihr besonderes Augenmerk gewidmet hat.

**Gebietswinzergenossenschaften** In Rheinland-Pfalz wurden im Grünen Plan 1958 bis 1961 bisher 89 Gebietswinzergenossenschaften mit zusammen 7,9 Mio DM Bundeszuschüssen gefördert. In der Pfalz erfolgten 42 zum Teil sehr große überörtliche Gründungen mit finanzieller Unterstützung in Höhe von 3,7 Mio DM. Das bisher günstigste Jahresergebnis erzielte Rheinland-Pfalz im Jahre 1961 mit dem Bau von 29 Gebietswinzergenossenschaften und Zuschüssen in Höhe von 3,0 Mio DM. Im Durchschnitt wurde für jedes Vorhaben ein Zuschuß von nahezu 90 000 DM gewährt. Mit dieser intensiven Förderung wurde die Rationalisierung im Weinbau und in der Weinwirtschaft nachhaltig vorangetrieben. Die vorhandenen Kapazitäten wurden vielfach auf das Doppelte erweitert. Durch die Neugründung von überörtlichen Zusammenschlüssen konnten zum Teil erheblich



bessere Erlöse, vor allem für kleine und mittlere Weine, erzielt werden. Im Jahre 1962 wurden 29 Vorhaben mit 1,68 Mio DM aus Mitteln des Grünen Planes 1961 gefördert.

An Landesgesetzen und an dem in Bonn geschaffenen Weinwirtschaftsgesetz haben die CDU-Abgeordneten des Landtags und des Bundestags entscheidend mitgewirkt. Das gleiche versuchen sie auch heute in Brüssel zum Wohl dieses so wichtigen Betriebszweiges zu tun.

### **Zum landwirtschaftlichen Sozialplan der SPD**

Die SPD hat Anfang Februar einen umfassenden Sozialplan für die Landwirtschaft vorgelegt. **Im Grundsatz handelt es sich um all die Gedanken, die schon in dem Sozialplan des Deutschen Bauernverbandes, der unter Vorsitz des CDU-Abgeordneten Berberich vom Sozialpolitischen Ausschuß des Bauernverbandes erarbeitet worden ist, enthalten sind.** Das Altershilfegesetz ist der CDU-Initiative zu verdanken, und ebenfalls war die CDU Stoßtrupp bei der Erhöhung des Altersgeldes und der Einbeziehung der Erwerbsunfähigkeit in das Altershilfegesetz.

Die SPD hat in ihrem Sozialplan die Erhöhung der Unfallrente bei selbständigen Landwirten und mithelfenden Familienarbeitskräften gefordert. Auch diese Forderung deckt sich mit Überlegungen der CDU, auf Grund derer sich das Bundeskabinett bereits mit dieser Frage im einzelnen beschäftigt hat.

Bundeskanzler Adenauer hat in der Kabinettsitzung vom 16. Januar den Bundesernährungsminister aufgefordert, zusammen mit den beteiligten Ressorts Vorschläge für zusätzliche Maßnahmen zur sozialen Sicherung der Bauern und ihrer mitarbeitenden Familienangehörigen zu machen.

### **Abgrenzung zur SPD**

Trotz aller Bemühungen der SPD, sich der CDU-Politik lieber anzupassen, statt eine echte glaubwürdige Wandlung vorzunehmen, unterscheidet sich die CDU heute wie früher von den Auffassungen der SPD. Die CDU hält sich nach wie vor an die im Landwirtschaftsgesetz vorgesehenen Mittel der Agrar- und Wirtschaftspolitik, insbesondere die

Preis-, Handels-, Steuer- und Kreditpolitik. Bei dem Bestreben, möglichst viele gesunde selbständige Betriebe zu erhalten und zu schaffen, können die Mittel der für die SPD primären Sozialpolitik nur eine, wenn auch notwendige Ergänzung sein.

**Die SPD kann sich nicht lösen vom versorgungsstaatlichen Denken und damit der Tötung der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative des Menschen, der Tötung der wesentlichsten und stärksten Kräfte im wirtschaftlichen Leben. Ein Staat, der versorgt, bringt seine Bürger in eine ungerechtfertigte wirtschaftliche Abhängigkeit zu sich selbst. Allein die CDU wird durch eine vernünftige Landwirtschaftspolitik die Voraussetzungen schaffen, wonach jeder nach gewisser Förderung der Eigeninitiative für sich selbst sorgen kann.**

**Ausblick** Der Bundesausschuß für Agrarpolitik der CDU, unter Vorsitz des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministers Gustav Niermann, setzt sich für folgende Pläne ein:

Organischer und behutsamer Eingliederungsprozeß in den Gemeinsamen Europäischen Markt

Festhalten am deutschen Getreidepreisniveau

Verstärkung der Mittel des Grünen Plans

Handelsdüngerverbilligung

Zuschuß von 4 Pfennig/kg für Qualitätsmilchlieferrung

Trinkmilchpreiserhöhung

Verbesserung der Altershilfe für Landwirte ab 1. April 1963

Erweiterte Zinsverbilligung mit dem Ziel des völligen Fortfalls der Zinsbelastungen bei langfristigen kulturellen Maßnahmen.





## Finanzpolitik

### **Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes**

Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen in gegenseitiger Abhängigkeit. Die Stärkung der Wirtschafts- und damit der Finanz- und Steuerkraft des Landes ist und bleibt das vornehmliche Ziel der CDU-Politik in Rheinland-Pfalz. In einer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik liegt die Voraussetzung, daß Rheinland-Pfalz seinen Aufgaben als Rechts-, Kultur- und Sozialstaat gerecht wird. Hand in Hand mit diesen Bestrebungen geht die finanzielle Stärkung und damit auch die staatspolitische Festigung der Stellung von Rheinland-Pfalz im Verhältnis zum Bund und im Kreis der übrigen Bundesländer.

### **Die Steuerpolitik der CDU**

### **Soziale und Wirtschafts-Förderung**

Maßnahmen zur Hebung der Wirtschafts- und Finanzkraft von Rheinland-Pfalz finden klaren Ausdruck in der Entwicklung der Steuereinnahmen. Das dem Land zufließende Steueraufkommen hat sich

von 691 Millionen DM im Kalenderjahr 1959

auf 1206 Millionen DM im Kalenderjahr 1962

um über 74 % erhöht.

Eine ähnliche Steigerung – wenn auch nicht gleich hoch – des Steueraufkommens ist auch in den übrigen Bundesländern zu verzeichnen.

**Der Anteil von Rheinland-Pfalz am gesamten Steueraufkommen ist aber seit 1959 von Jahr zu Jahr gewachsen. Das beweist, daß sich die Wirtschaftskraft von Rheinland-Pfalz günstiger entwickelt hat als im übrigen Bundesgebiet (vgl. Seite 4 ff des Wirtschaftsexposés).**

### **Gezielte steuerpolitische Maßnahmen**

Die CDU-Steuerpolitik der vergangenen vier Jahre hat wesentlich beigetragen zur Förderung des Mittelstandes und der Sozial- und Familienpolitik.



### **Beispiele:**

Erhöhung des Freibetrages bei Gewerbeertragssteuer (ab 1. 1. 1961 von 2400 DM auf 7200 DM).

Erhöhung des Umsatzsteuerfreibetrages ab 1. 1. 1961 von 8000 DM auf 12000 DM unter gleichzeitiger Heraufsetzung der Gewährungsgrenze von 80000 DM auf 120000 DM Gesamtumsatz.

Einführung eines Umsatzsteuerfreibetrages von 20000 DM bis zur Gesamtumsatzgrenze von 120000 DM bei freiberuflicher Tätigkeit.

Familiengerechte Erhöhung – teilweise Verdoppelung – des Freibetrages bei der Vermögensbesteuerung.

Erhöhung der Ehegatten- und Kinderfreibeträge.

### **Ausgeglichene Haushaltspolitik und konjunktur- gerechte Maßnahmen**

**Der Staatshaushalt wurde während der ganzen Legislaturperiode bewußt in den Dienst der Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes und der Konsolidierung der rheinland-pfälzischen Staatsfinanzen gestellt, um damit eine gesunde Basis für weitere wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen, insbesondere auch für eine konjunkturgerechte und antizyklische Finanzpolitik, zu schaffen.**

Der erste Haushalt der ablaufenden Legislaturperiode (1959) hatte ein Volumen von rund 1,5 Milliarden DM.

Der Haushaltsentwurf 1963 weist mit über 2,3 Milliarden DM ein um die Hälfte höheres Volumen auf.

Eine verantwortungsbewußte Haushaltspolitik darf in Zeiten mit hohen Steuereinnahmen nicht alle Einnahmen sofort wieder für – zum größten Teil die Zukunft belastende – Maßnahmen ausgeben.

Das bedeutet: eine zusätzliche Verschuldung vermeiden und bestehende Schulden in der Zeit der Hochkonjunktur verstärkt tilgen und damit eine gesunde Basis für die Zeit einer rückläufigen Konjunktur schaffen.

Aus diesen Überlegungen heraus ist in den Rechnungsjahren 1959 bis 1962 die Kreditmarktverschuldung des Staates durch außerordentliche

Tilgungen um rund 250 Millionen DM vermindert worden, wodurch die Schuldenbelastung je Einwohner, die zu Beginn des Rechnungsjahres 1959 noch 146,- DM betrug, auf 76,- DM gesenkt werden konnte.

### **Festigung der kommunalen Selbstverwaltung**

Die Stärkung und Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung ist ein besonderes Anliegen der CDU. Eine funktionstüchtige kommunale Selbstverwaltung ist aber nur dann sicherzustellen, wenn die Gemeinden und Kreise über eine ausreichende Finanzkraft verfügen.

**Bereits in der Regierungserklärung vom 25. 5. 1959 wurde von der CDU unterstrichen, daß die finanzielle Sicherung der kommunalen Körperschaften der Staatsregierung besonders am Herzen liegt. Die CDU hat dieses Versprechen eingehalten und in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen für die Gemeinden und Kreise geschaffen.**

### **Für die Gemeinden: Keine Almosen, sondern Zuschüsse**

Durch die Einbeziehung der Landeseinnahmen aus der Kfz-Steuer in den allgemeinen Steuerverbund und durch die Erhöhung des Verbundsatzes von 16 % auf 21 % erhöht sich die Schlüsselmasse des kommunalen Finanzausgleiches außerordentlich.

Der zweite große Block an Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich sind die Finanzausgleichsleistungen des Landes außerhalb des Steuerverbundes. Auch diese sind in gleicher Weise erhöht worden.

#### Landesleistungen an Kommunen:

|                          | 1958            | 1959  | 1962  | 1963  |
|--------------------------|-----------------|-------|-------|-------|
|                          | in Millionen DM |       |       |       |
| a) Steuerverbund         | 83,7            | 100,1 | 235,1 | 276,3 |
| b) außerh. Steuerverbund | 49,7            | 54,2  | 129,7 | 150,3 |
| Gesamtleistung           | 133,4           | 154,3 | 364,8 | 426,6 |

Durch die neuen Schulgesetze wurden die Kommunen darüber hinaus durch Übernahme von Personalkosten zusätzlich finanziell entlastet.



Im kommunalen Finanzausgleich hat das Land den Kommunen im Jahre 1959 22,3 %, im Jahre 1962 30,4 % der gesamten Einnahmen an Landessteuer überwiesen und wird im Jahre 1963 32,8 % überweisen (vergl. Exposé Wirtschaft: „Hilfe für Kreise und Gemeinden“).

Ein schlagender Beweis für die Kommunalfreundlichkeit der CDU Rheinland-Pfalz!

### **Finanzpolitik der Schwerpunkte**

Neben der überaus starken Berücksichtigung der Gemeinden hat die CDU die steigenden Steuereinnahmen in erster Linie solchen Schwerpunktaufgaben zugewiesen, die der weiteren Erstarkung der Wirtschaftskraft und der gesunden Lebensführung der Bevölkerung dienen.

### **Kommunaler Schulbau**

Der seit 100 Jahren vernachlässigte Bau von Schulen bedarf der verstärkten Unterstützung der Bauträger durch das Land.

Das 1959 von der CDU veranlaßte Gesetz über das Sondervermögen „Schulbau“ hat erreicht, daß zusätzlich bis heute rund 120 Mio DM an Zuschüssen zugesagt werden konnten.

Den gemeindlichen Bauträgern wurden im Jahre 1958 13,7 Mio DM an Bauzuschüssen gegeben. Sie erhalten 1963 rd. 73 Mio DM. Dazu kommen noch verbilligte Darlehen von 8 Mio DM.

### **Be- und Entwässerung**

Einwandfreie Be- und Entwässerung ist für die Gesundheit der Menschen von besonderer Bedeutung. Dementsprechend wurden die staatlichen Zuschüsse laufend aufgestockt. Im Jahre 1958 gewährte das Land 4,7 Mio DM Bauzuschüsse, im Jahre 1962 33 Mio DM.

### **Kommunale und karitative Krankenhäuser**

Groß war der Ausfall an Krankenhausbetten durch den Krieg. Der Bevölkerungszuwachs erhöhte die Anforderungen.

**Die CDU hat dem Neubau und der Erweiterung der Krankenhäuser besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Im Jahre 1958 wurden im Land 1,9 Mio DM und im Jahre 1962 15 Mio DM an Zuschüssen den Baulastträgern zur Verfügung gestellt; 1963 werden es 22 Mio DM sein.**



### **Wohnungsbau**

Großes ist in der rückliegenden Zeit zur Schaffung neuen Wohnraums geschehen. Die CDU ist der Auffassung, daß das Land auch weiterhin noch Finanzunterstützung den Bauwilligen gewähren muß. Die Bau-darlehen aus Landesmitteln und Zinszuschüssen betragen im Jahre 1958 30,2 Mio DM, im Jahre 1962 81,7 Mio DM und werden im Jahre 1963 106,3 Mio DM betragen.

Ausführliche Angaben über den sozialen und familiengerechten Wohnungsbau vgl.: Exposé Familie und Jugend.

### **Straßenbau**

Die Bedeutung eines dichten und technisch einwandfreien Straßennetzes sowohl für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft wie auch für den motorisierten Bürger erfordert höchsten Einsatz auch der Länder und Kommunen. In der Öffentlichkeit wird seit Jahren an die Länder die Forderung gestellt, daß sie mindestens Baumittel in Höhe der eingehenden Kraftfahrzeugsteuer aufwenden sollten. Die CDU von Rheinland-Pfalz kann mit Genugtuung feststellen, daß Landesregierung und Parlament seit Jahren mehr Mittel zur Verfügung stellten als die Kfz-Steuer einbringt. Im Jahre 1962 standen dem Aufkommen an Kfz-Steuer in Höhe von 115 Mio DM Ausgaben des Landes für Straßenbau in Höhe von 132,1 Mio DM gegenüber.

Für 1963 sind für Straßenbau 157,4 Mio DM vorgesehen.

### **Strukturverbesserung und Mittelstandsförderung**

Zu den Schwerpunkten der CDU-Finanzpolitik gehören vordringlich die Hilfen des Landes für Strukturverbesserung und Mittelstandsförderung. Nähere Angaben sind den entsprechenden Kapiteln im Wirtschafts-Exposé und den Ausführungen über die CDU-Mittelstandspolitik zu entnehmen.

### **Zukünftige Finanzpolitik**

Die Bilanz über die von der CDU bestimmte Finanzpolitik der abgelaufenen vier Jahre war bestimmt von der Verantwortung für das allgemeine Wohl der in diesem Raume lebenden Menschen. Die Überfülle an noch zu lösenden Aufgaben, die uns aus Versäumnissen vergangener Generationen und als schweres Erbe des verlorenen Krieges erwachsen sind, können nur unter Anspannung aller Kräfte in einer Reihe von



Jahren erfüllt werden. Auf diesem Wege hat sich die Finanzpolitik der CDU bewährt. Sie hat das Vordringliche vom Dringlichen unterschieden und dementsprechend die verfügbaren Finanzmittel zugeteilt.

Auch in den kommenden Jahren wird die CDU zielbewußt diesen Weg weitergehen, weil damit den gerechten Ansprüchen der Bürger am Staat am besten gedient ist.

**Traumgebilde der SPD von der Sofortbefriedigung aller Wünsche sind eben nur Utopie.**

### **Finanzreform der Gemeinden**

Die Forderung der Gemeinden geht nach Zuteilung neuer, eigener Steuerquellen, um besser als bisher in eigener Zuständigkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben entscheiden zu können. Diese Forderung kann aber nur unter maßgeblicher Beteiligung des Bundes ihre Erledigung finden. **Die CDU in Rheinland-Pfalz hat durch den geschaffenen kommunalen Finanzausgleich bewiesen, daß ihr das finanzielle Wohlergehen der Gemeinden am Herzen liegt. Sie wird sich auch bei stattfindenden Verhandlungen mit dem Bund in gleicher Weise einsetzen.**

Die Länder können von sich aus allerdings eine Regelung nicht in eigener Zuständigkeit anbieten. Wenn der sozialdemokratische Finanzminister von Hessen anbietet, die Vermögenssteuer an die Gemeinden abzutreten, dann würde das bedeuten, daß die bereits finanzstärksten Gemeinden noch den Löwenanteil der Vermögenssteuer kassierten. Das ist aber von den Gemeinden nicht gewollt.

Solange die nur auf Bundesebene vorzunehmende Finanzreform noch ihrer Lösung harret, wird die CDU von Rheinland-Pfalz sich nach wie vor dafür einsetzen, daß die Finanzzuweisungen des Landes an seine Gemeinden in der höchstmöglichen Höhe angesetzt werden, wie es die zur Erfüllung der übrigen Pflichtaufgaben erforderlichen Finanzmittel und die Landeseinnahmen nur gestatten. Den Beweis auch hierfür hat die CDU in den vergangenen Jahren eindeutig erbracht.





## Familie und Jugend

### **Christl.-Demokratische Politik = Politik für den Menschen**

Im Mittelpunkt christlich-demokratischer Politik steht der Mensch. Ihm die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und seiner Kräfte zu sichern, ist das oberste Ziel.

Die Grundlage der Persönlichkeitsbildung, die durch nichts Gleichwertiges ersetzt werden kann, ist die Familie.

In Staat und Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft, die Bedingungen zu schaffen, unter denen die Familie gedeihen kann, war und bleibt eines der wichtigsten Anliegen der CDU.

Sache des Staates ist es nicht, sich in die Familie hineinzudrängen und die Aufgaben, die zu ihrem Wesen gehören, an sich zu reißen, auch nicht unter dem Vorwand, die Familie entlasten zu wollen.

**Pflicht des Staates und aller Öffentlichen Gewalt ist es, die Eigenkräfte der Familie anzuregen und zu fördern. Wo diese Kräfte nicht ausreichen oder versagen, soll in erster Linie die freie karitative Tätigkeit helfend eingreifen. Hierfür die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, ist Aufgabe des Staates.**

### **Ziele der CDU in der Familienpolitik**

Der Staat soll die Selbsthilfemöglichkeiten der Familie stärken und erweitern durch

familiengerechtes Einkommen,

Steuer- und Versicherungserleichterungen,

ausreichende Renten und Unterstützungen, Sparprämien, Sozialtarife und anderes mehr.

Besonderen Vorrang hat der Bau von familiengerechten Wohnungen, in Verbindung mit familiengerechter Stadtplanung, verkehrssicheren Durchgangsstraßen, möglichst lärmarmen Wohnstraßen sowie Spiel- und Sportplätzen für unsere Kinder.

Eine aktive CDU-Familienpolitik sorgt weiter für die Errichtung von Ehe- und Erziehungsberatungsstellen, Mütter- und Elternschulen, von Erholungsheimen für Jugend und Familie, für Kindergärten, Kinderhorte usw.

Dabei ist sorgfältig abzuwägen, inwieweit durch solche Einrichtungen die Familie zwar materiell gekräftigt, ideell jedoch geschädigt werden könnte.

**Oberster Grundsatz der CDU ist und bleibt, daß sich Staat und Gesellschaft jeglichen Eingriffs in den inneren Bereich der Familie zu enthalten haben.**

Die gesellschaftspolitischen Grundsätze der CDU haben sich im Bund und in Rheinland-Pfalz bewährt.

**Die in Bund und Land nach gleichen Grundsätzen betriebene Familienpolitik der CDU gewährleistet zielbewußte Aufbauarbeit und große Erfolge.**

#### **Familiengerechter Wohnungsbau**

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden bis Ende 1962 6,8 Mio Wohnungen gebaut, davon 3,6 Mio Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau und 1,8 Mio Familienheime.

Die Wohnungsbauleistung in Rheinland-Pfalz weist trotz gestiegener Baukosten, erheblicher Schwierigkeiten auf dem Grundstücksmarkt und der Überhitzung der Konjunktur auf dem Bausektor gegenüber den leeren Versprechungen der SPD sichtbare und praktizierte Erfolge auf. Luftschlösser bauen ist schön und leicht und eine Versuchung für jede Opposition. Aber Häuser und Wohnviertel bauen ist schwieriger.

#### **400 000 neue Wohnungen**

**Von der Währungsreform bis heute sind in Rheinland-Pfalz etwa 400 000 neue Wohnungen gebaut worden, davon wurden 157 057 aus Öffentlichen Mitteln finanziert mit 1,141 Milliarden DM.**

Von 1952 bis 1962 wurden im Sozialen Wohnungsbau allein 37 386 Familienheime mit 52 691 Wohneinheiten erstellt.



Außerhalb des öffentlich geförderten Sozialen Wohnungsbaues hat das Land in den vergangenen Jahren in drei Zins- und Tilgungszuschußaktionen mit 75 Mio DM 11 104 Wohnungen gefördert, darunter 10 326 für junge Familien.

Auch im sogenannten Mittelstandsprogramm wurden von 1959 bis 1961 unter Einsatz von 60 Mio DM 5 528 Wohneinheiten erstellt, darunter 4 153 in Familienheimen.

### **29 000 Wohnungen pro Jahr**

In der ablaufenden Legislaturperiode wurden in Rheinland-Pfalz pro Jahr durchschnittlich 29 000 neue Wohnungen bezugsfertig. Dabei ist der Anteil von größeren Wohnungen (mit mehr als drei Räumen) ständig gestiegen.

### **Familiengerechte Wohnungen auch für die sozial Schwachen**

Auch die sozial Schwachen sind dank der CDU-Politik jetzt in der Lage, sich durch Miet- und Lastenbeihilfen familiengerechte Wohnungen leisten zu können.

Die sozialen Wohnungen kommen mit ihren billigeren Mieten ausschließlich dem sogenannten „kleinen Mann“ zugute.

**Aber: der schlagendste Beweis gegen die demagogische Kritik der SPD an den Mieterhöhungen ist die Tatsache, daß gerade auch die sozialistischen und gewerkschaftlichen Wohnungsbaugenossenschaften ihre Mieten erhöht haben, obwohl ihre Sprecher vorher immer wieder behauptet hatten, zu einer Mieterhöhung bestünde kein Anlaß.**

Demagogisch und unwahr ist auch die Behauptung, dem kleinen Mann sei es heute nicht mehr möglich, ein Eigenheim zu bauen. Mit gewissen Einschränkungen in den Ballungsräumen um die Großstädte stimmt diese Behauptung einfach nicht. Ein Blick auf die Sozialstruktur der Eigenheimbauer ergibt ein anderes Bild.

### **Eigenheime für Kinderreiche**

Im Jahre 1961 wurden 216 öffentlich geförderte Familienheime von Minderbemittelten gebaut. Von diesen waren wiederum annähernd die Hälfte Kinderreiche.

**Weiterhin  
Familieneigenheime**

Die fortlaufende Förderung des Familieneigenheimes bleibt einer der Hauptprogrammunkte der CDU-Politik.

So sollen unter anderem die öffentlichen Förderungsmittel für Eigenheime grundsätzlich höher bemessen werden als für gleichartige Mietwohnungen.

**Familiengerechter Lohn durch  
Kindergeld und Zuschläge**

Seit 1955 wurde ein Kindergeld vom dritten Kind an von monatlich 25 DM eingeführt, das inzwischen auf 40 DM angehoben wurde, während nun auch für das 2. Kind ein Kindergeld von 25 DM gewährt wird. Die CDU wird sich darum bemühen, daß die Einkommensgrenze im Falle der Zweitkinder fällt.

Weitere Leistungen:

Eine Kriegerwitwe mit Kind erhielt:

|                                     |          |         |          |
|-------------------------------------|----------|---------|----------|
| 1953 einschließlich Ausgleichsrente | 136,— DM | — heute | 310,— DM |
| bei 2 Kindern                       | 172,— DM | — heute | 400,— DM |
| bei 3 Kindern anstatt               | 203,— DM | — heute | 530,— DM |

Bei den Renten nach dem Lastenausgleichsgesetz wurden die Kinderzuschläge seit 1953 von 27,50 DM auf 47,— DM monatlich angehoben. In allen Bereichen der Sozialrenten wurden die Zusatzleistungen für Kinder kräftig angehoben. Sie setzen überall beim 1. Kind ein und betragen fast allgemein ab 1. Kind 40,— DM im Monat und vielfach auch mehr.

**Steuergerechtigkeit  
für Familien**

**Durch die Verdoppelung des monatlich steuerfreien Einkommens der Familien mit Kindern sind heute**

**70 % der Familien mit zwei Kindern,**

**80 % der Familien mit drei und**

**90 % derer mit 4 und mehr Kindern vollkommen steuerfrei.**



Die Familienfreibeträge, die vor Anwendung der festen Steuersätze abzusetzen sind, betragen jährlich

|                                     |            |
|-------------------------------------|------------|
| für den Ehemann (Steuerpflichtigen) | 1 680,— DM |
| für die Ehefrau                     | 1 680,— DM |
| für das 1. Kind                     | 1 200,— DM |
| für das 2. Kind                     | 1 680,— DM |
| für das 3. und jedes weitere Kind   | 1 800,— DM |

Durch den sogenannten Splitting-Tarif wird außerdem die Benachteiligung der Nur-Hausfrau gegenüber der berufstätigen Ehefrau gemindert. Kinderfreibeträge besonders bei der Einkommens- und Vermögenssteuer wurden stark erhöht.

Hinzu kommt eine Fülle weiterer Steuervergünstigungen, zum Beispiel: Bei auswärtiger Unterbringung von Kindern zu Schul- und Berufsausbildungszwecken.

Bei Beschäftigung einer Hausgehilfin.

Bei Aufwendungen für die Aussteuer einer Tochter.

Auch hier steht die Bundesrepublik – und damit auch Rheinland-Pfalz – an der Spitze aller europäischen Länder.

**Müttererholung** Allen Bestrebungen, die heranwachsende weibliche Jugend und junge Frauen an ihre Aufgaben als Mütter, Ehe- und Hausfrauen heranzuführen, kommt besondere Bedeutung zu. Die CDU unterstützt deshalb die Einrichtung von Mütterschulen.

Unseren Müttern – vor allem den kinderreichen – Gelegenheit zur Erholung zu bieten, auch wenn sie die Kosten selbst nicht bestreiten können, ist eine wichtige Aufgabe der Familienpolitik.

Weiter werden wir zur Entlastung der Mütter im verstärkten Maße Familienhelferinnen gewinnen. Durch staatliche Zuwendungen an Gemeinden und Wohlfahrtsverbände wird ihre Einstellung gefördert.

**Familienferienerholung** Neben Mütter- und Kindererholung ist die gemeinsame Familienerholung besonders wichtig. Familienferienwerke und ähnliche Einrichtungen sollen in Zukunft stärker als bisher unterstützt werden.

Seit 1957 stellt der Bund für die Familienerholung namhafte Beträge zur Verfügung, augenblicklich 2 Mio DM pro Jahr. In Heimen und Feriendörfern wurden über 2500 Plätze für Familien geschaffen, die sich teure Hotels und Pensionen nicht leisten können.

### **Familienpflege und Familienfürsorge**

In der Anonymität der modernen Gesellschaft, vor allem in der Großstadt, droht die früher selbstverständliche Nachbarschaftshilfe zur ungewöhnlichen Ausnahme zu werden. Rheinland-Pfalz – unter Führung der CDU – versucht deshalb, durch finanzielle Leistungen den ihm möglichen Beitrag zur Hilfe für die krankenpflegebedürftigen Mütter zu gewähren. Das gleiche gilt für die Entlastung der durch Arbeitsüberhäufung geschwächten Bäuerin. Hier versucht der Staat ebenfalls, die Einstellung von Familienfürsorgerinnen und Dorfhelferinnen durch Bereitstellung der notwendigen Mittel zu ermöglichen. Für diese Hauskrankenpflege hat das Land 1962 bereits 40 000 DM aufgewandt. Ferner hat das Land für 800 Landkrankenpflegestationen, die der Landfamilie helfen, bereits 400 000 DM bereitgestellt.

### **Der Landesplan für Altenhilfe**

Die besondere Sorge der CDU gilt den alten Menschen. Die höhere Lebenserwartung und der tiefgreifende Wandel der gesellschaftlichen Struktur haben die Lage der alten Leute grundlegend verändert.

**Diesen veränderten Verhältnissen trägt die CDU in Rheinland-Pfalz durch eine sinnvolle „Altenhilfe“ Rechnung. Nicht Altenghettos oder Siechenheime, sondern moderne Einrichtungen, die den alten Leuten einen freundlichen und gesellschaftlich würdigen Lebensabend sichern, werden geschaffen.**

### **Fürsorge für die Jugend**

Jugendfürsorge und Jugendpflege sind in einer Zeit der Vollbeschäftigung – oft beider Elternteile – zu einem ganz entscheidenden Problem unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens geworden.

Mit 10,8 Mio DM allein im Haushalt 1962 hat die CDU Vorbildliches für die junge Generation geleistet. Für die Kinderlandverschickung hat die Landesregierung erhebliche Mittel den für diese Aufgabe zuständigen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt.



Die Erziehung der Jugend zur körperlichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit ist oberstes Ziel.

Unsere Unterstützung und Hilfe gilt nicht nur der Errichtung neuer Kindergärten, sondern auch der laufenden Unterhaltung, insbesondere der Kindergärten der freien Träger.

Der wachsende Verkehr, der unsere Straßen überflutet, fordert sichere Spielplätze für unsere Kinder.

Die heutigen Zeitverhältnisse machen Erziehungsberatungsstellen notwendig, ferner verlangt die geistig-seelische Gesunderhaltung unserer Jugend einen verstärkten Jugendschutz.

Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, die Kinderheime so umzugestalten, daß sie, soweit es überhaupt möglich ist, der bestmögliche Ersatz für die fehlende Erziehung in der Familie sind.

Die CDU fördert und unterstützt die Arbeit der Jugendverbände. Die Unterstützung gilt dem Bau von Jugendheimen und Freizeiteinrichtungen, dem Jugendwandern, dem Jugendsport, der Freizeitgestaltung, der Sommerlager, sowie der internationalen Begegnung.

**Maßnahmen im Rahmen  
des „Goldenen Planes“**

Für die Ertüchtigung der Jugend wurden 1961 7,9 Mio DM aufgewandt, aus Landesmitteln 7 Mio DM. Im Jahre 1962 hat das Land Rheinland-Pfalz 9,3 Mio DM dafür ausgegeben. Dazu kam 1 Mio DM aus Bundesmitteln.

**Mit diesen 16,3 Mio DM aus Landesmitteln und 1,9 Mio DM aus Bundesmitteln wurden in den Jahren 1961 und 1962**

- 126 Turnhallen**
- 48 Sportplätze**
- 24 Freischwimmbäder**
- 3 Hallenbäder**
- 7 Reithallen**

**3 Bootshallen**  
**132 Kinderspielplätze und**  
**3 sonstige Maßnahmen**

**gefördert.**

Rund 900 000 DM wurden für eine Anzahl kleinerer Maßnahmen der Sportvereine ausgegeben. Nach dem Memorandum des „Goldenen Planes“ hat damit das Land Rheinland-Pfalz in den Jahren 1961 und 1962 mehr ausgegeben als ihm zgedacht war.

Im Jahre 1963 sind aus Landesmitteln für den „Goldenen Plan“ vorgesehen rund 11,4 Mio DM. Dazu kommen Bundesmittel in Höhe von etwa 1 Mio DM. Mit diesen 11,4 Mio DM liegt Rheinland-Pfalz schon jetzt rund 400 000 DM über der Summe, die es nach dem Memorandum zum „Goldenen Plan“ im Jahre 1964 aufbringen soll. Dabei ist davon auszugehen, daß die Zahlen des „Goldenen Planes“ Wunschzahlen sind.

**Jugendwohnheime**

Die von der CDU geförderten Jugendwohnheime dienen vor allem der Unterbringung von Jugendlichen, die aus Gründen der Berufs- und Schulausbildung außerhalb des Elternhauses wohnen und außerdem der gesellschaftlichen Eingliederung von jugendlichen Flüchtlingen und Zuwanderern, die häufig alleinstehend in die Bundesrepublik kommen. Für diesen Zweck, einschließlich Neu- und Umbau sowie Erweiterung der Ausstattung von Kinder- und Säuglingsheimen, wurden 1961 1,1 Mio DM und 1962 2,4 Mio DM zur Verfügung gestellt.

Eine gute Jugendpolitik verlangt auch eine zeitgerechte Heimerziehung für Kinder und Jugendliche, die durch Versagen des Elternhauses oder durch ungünstige Umwelteinflüsse in ihrer Entwicklung gefährdet oder verwahrlost sind.

Die nachfolgende Übersicht über die Leistungen des Landes Rheinland-Pfalz und der CDU für soziale Erfordernisse beweist, daß die hier aufgestellten Leitsätze kein leeres Gerede sind, sondern bereits in der Vergangenheit einen sehr realen Niederschlag bei der Gestaltung des Haushaltsplanes fanden. Dabei wird der Vergleich der Haushalts-



ansätze des Rechnungsjahres 1963 mit denen des Jahres 1959 deutlich zeigen, welche Beachtung und Bedeutung die CDU als verantwortliche Regierungspartei den sozialen Belangen schenkt.

|  | 1959       | 1963         |
|--|------------|--------------|
| Zuschüsse an die Wohlfahrts-<br>organisationen           | 865 000 DM | 1 232 200 DM |
| Müttererholungskuren                                     | 90 000 DM  | 200 000 DM   |
| Krankenpflegestationen                                   | 150 000 DM | 400 000 DM   |
| Altenhilfe   | —,—        | 3 375 000 DM |
| Förderung der Jugendpflege                               | 565 000 DM | 2 525 000 DM |
| Förderung der Sportpflege                                | 85 000 DM  | 2 500 000 DM |
| Kinderspielplätze  | —,—        | 500 000 DM   |
| Zuschüsse für Jugendherbergen<br>und Wandern             | 500 000 DM | 1 300 000 DM |
| Zuschüsse für Heime, die der<br>Jugendwohlfahrt dienen   | 120 000 DM | 2 000 000 DM |
| Kindergärten   | 550 000 DM | 3 110 000 DM |
| Maßnahmen zum Schutz der Jugend<br>in der Öffentlichkeit | 20 000 DM  | 60 000 DM    |
| Erziehungsberatungsstellen                               | 40 000 DM  | 120 000 DM   |
| Zuschüsse für Kinder- und<br>Jugenderholung              | 650 000 DM | 1 105 000 DM |





## Die Gesundheitspolitik der CDU

**Ziel der CDU-Gesundheitspolitik ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, mit denen der Einzelne alles Notwendige zur Pflege, Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit tun kann. Die Verantwortung des Staates muß mit der Verantwortung des Einzelnen abgestimmt werden.** Wenn die individuelle Verantwortung überfordert wird und vor allem gesundheitliche Schäden von außen auftreten, dann hat der Staat das Recht und die Pflicht, von sich aus tätig zu werden.

Die Gesundheitspolitik der CDU geht von der Tatsache aus, daß die Gesundheit des Staatsbürgers zu den wesentlichen Voraussetzungen nicht nur einer leistungsfähigen Volkswirtschaft, sondern auch der Kultur und des sozialen Friedens gehört.

Zum Schutz vor Krankheiten hat die CDU im Land und Bund zahlreiche Gesetze und Verordnungen erlassen; davon seien nur einige aufgeführt:

- Bundesseuchengesetz** Das Bundesseuchengesetz garantiert eine hygienisch einwandfreie Trink- und Gebrauchswasserversorgung, schreibt die gesundheitliche Überwachung aller in Lebensmittelbetrieben beschäftigten Personen vor, entspricht den Erkenntnissen moderner Seuchenbekämpfung und regelt die Abfallbeseitigung und Schädlingsbekämpfung.
- Lebensmittelgesetz** Das Lebensmittelgesetz verbietet grundsätzlich chemische Zusätze zu den Lebensmitteln.
- Arzneimittelgesetz** Dieses Gesetz regelt Herstellung, Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln.
- Jugendarbeitsschutzgesetz** Das Jugendarbeitsschutzgesetz bestimmt die besondere gesundheitliche Betreuung der arbeitenden Jugendlichen.
- Vorbeugen ist besser** Die CDU in Rheinland-Pfalz hat der vorbeugenden Gesundheitspflege besondere Sorgfalt gewidmet. So wurde die gesundheitliche Erziehung, Bildung und Aufklärung mit finanzieller Hilfe des Landes erheblich ausgebaut.



Der Ausbau von Sport- und Spielplätzen, Schwimmbädern und Turnhallen wurde bevorzugt gefördert.

Erholungsgebiete wurden erschlossen und der am meisten gesundheitsgefährdeten Bevölkerung der Großstädte zugänglich gemacht. Einen besonderen Platz nehmen dabei die Naturschutzparks in der Pfalz und in der Eifel ein.

### **Gesundheitspflege in der Schule**

**Die Schulgesundheitspflege auf den verschiedensten Gebieten nimmt einen besonderen Platz im Rahmen der Jugendbetreuung ein. Mehrere hundert Ärzte überwachen die Gesundheit der Schuljugend.**

Jährlich werden die Schulkinder der ersten, vierten und achten Schulklasse untersucht. Bei allen Schülern und Schülerinnen wird jährlich einmal eine Zahnuntersuchung vorgenommen. Fast drei Millionen Schüler und Schülerinnen wurden bisher auf Zahnschäden untersucht und soweit erforderlich, einer Behandlung zugeführt. Für diesen Zweck sind bis jetzt 2,5 Mio DM aufgewendet worden.

**Als Erfolg ist festzustellen, daß bei der Aufnahme in die Schule 75 % aller Schulkinder zahnbehandlungsbedürftig waren, bei der Entlassung jedoch nur noch 25 %.**

1962 wurde der Schulzahntag eingeführt, an dem noch einmal besonders auf die Notwendigkeit der Zahnpflege und Beseitigung der Zahnschäden hingewiesen wird. Vorgesehen ist die Ausdehnung der Schulzahnpflege auch auf die Kindergärten und vor allem die kieferorthopädische Behandlung im Rahmen der Schulzahnpflege.

Die CDU fördert besonders den Bau von Schulturnhallen, damit in einem ordnungsgemäßen Turnunterricht den zunehmenden Haltungsschäden der Jugendlichen vorgebeugt werden kann.

### **Abwässerbeseitigung**

Das Landeswassergesetz hat die Grundlage für die Verhütung von möglichen Seuchenquellen der Bäche und Flußläufe geschaffen. In der Fülle der Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes wird vor allem die Abwässerbeseitigung der Städte und Gemeinden vom Lande großzügig finanziell bezuschußt.



### **Bekämpfung der Tuberkulose**

In der Bekämpfung der Tuberkulose sind für die Tbc-Fürsorgestellen der Gesundheitsämter die besten technischen und personellen Voraussetzungen geschaffen worden. Daneben erfassen zwei moderne Schirmbildwagen mehr als 350 000 Personen, die sich freiwillig dieser Gesundheitskontrolle unterziehen.

Zur Vorbeugung gegen die Tuberkulose werden auf allen geburtshilflichen Abteilungen im Lande Rheinland-Pfalz kostenlose Schutzimpfungen gegen Tbc vorgenommen; sie betragen 1962 18 000.

Daneben wurde gleichzeitig die Rindertuberkulose erfolgreich ausgerottet. Fast 80 Mio DM an öffentlichen Mitteln wurden für die Umstellung auf Tbc-freien Rindviehbestand ausgegeben. Seit über sechs Jahren wird in den Molkereien des Landes nur Tbc-freie Trinkmilch abgegeben. Der Erfolg ist ein Rückgang der Tuberkulose in Rheinland-Pfalz um mehr als 50 %.

### **Schutz vor Kinderlähmung**

Neben der Bekämpfung der Tuberkulose stand der Kampf gegen die Kinderlähmung an erster Stelle. Durch die Schluckimpfung und die vorausgegangenen Impfmaßnahmen wurden mehr als 1,5 Mio Einwohner des Landes erfaßt. Der Erfolg ist offensichtlich:

Während 1961 noch 248 Personen erkrankten und davon 15 starben, waren 1962 bei 14 Erkrankungen – davon 9 vor der Impfung – keine Todesfälle mehr an Polio zu beklagen.

Auch die 150 000 Mehrfachimpfungen gegen Diphtherie, Scharlach usw. der letzten Jahre wirkten sich auf die Gesamtsituation der Seuchen erfreulich positiv aus.

### **Senkung der Säuuglingssterblichkeit**

Die neugebaute Landeshebammschule wurde zum Zentrum der Aus- und Fortbildung der Hebammen des Landes. In mehr als 9 000 Beratungsterminen wurden Mütter und Säuglinge kostenlos ärztlich betreut.

**Zur Aufnahme der besonders gefährdeten Frühgeburten wurden mit Landesmitteln 11 Zentralen eingerichtet. Diese werden laufend durch das Land unterstützt. Auch hier ein überzeugender Erfolg:**



**Die Säuglingssterblichkeit, die 1945 zeitweise mehr als 15 % betrug, wurde auf 3,2 % gesenkt, über**

**6000 Frühgeburten konnten bisher in den obengenannten Zentralen behandelt werden.**

**80 Mio DM Zuschüsse  
für Krankenhäuser**

Die besondere Sorge aller gesundheitspolitischen Maßnahmen der CDU gilt den Krankenhäusern. Der systematische Aufbau nach dem Zusammenbruch 1945 ergibt als sichtbaren Erfolg:

36 % Bettenvermehrung in Krankenhäusern.

Im Bezirk Pfalz allein beträgt die Zunahme der Betten 63 %.

Seit 1950 wurden zahlreiche Krankenhausneubauten errichtet, aber noch mehr vorhandene Krankenanstalten modernisiert. Zur Zeit sind 7 Neubauten, 25 große weitere Baumaßnahmen im Gange, und für das Jahr 1963 sind weitere 10 Neubauten und 19 größere Erweiterungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushaltsplan des Landes vorgesehen. **Nach Abschluß dieser Maßnahmen ist das Bettendefizit praktisch beseitigt. An verlorenen Zuschüssen für Krankenhäuser zahlte das Land Rheinland-Pfalz fast 80 Mio DM.**

**Krankenpflegeschulen**

Die CDU widmete den Krankenpflegeschulen besondere Aufmerksamkeit. Neben Ausbildungsbeihilfen für Krankenpflegeschüler und Vorschüler wurden Zuschüsse zur Errichtung der Schulen und Ergänzung des Unterrichtsmaterials jährlich in großzügiger Weise gewährt. Für 1963 sind dafür 0,75 Mio DM vorgesehen.

**Neu- und Ausbau  
der Universitätsklinik**

Um den Forschungs-Aufgaben der Universitätsklinik in Mainz Rechnung zu tragen, waren umfassende Sondermaßnahmen für den Neu- und Ausbau der Klinik erforderlich. Die eingeleiteten Maßnahmen werden planmäßig fortgesetzt und haben zur Hebung des Rufes und des Ansehens der Kliniken unserer Landesuniversität erheblich beigetragen.



**Erfolgreiche  
CDU-Gesundheitspolitik**

Die vorbildlichen Leistungen der CDU ergeben eine eindrucksvolle Bilanz bereits erzielter Erfolge. Sie sind lebendiger Ausdruck eines lebensnahen, gesundheitspolitischen Denkens und Handelns. Auch in Zukunft wird sich die CDU bemühen, durch eine konsequente Gesundheitspolitik in Verbindung mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik alle gesundheitlichen Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden.





## Kulturpolitik

Die Länder besitzen auf dem Sektor Kulturpolitik Eigenständigkeit. Dieser Kulturhoheit hat sich in ganz besonderem Maße das Land Rheinland-Pfalz würdig erwiesen. Die CDU wird der Kulturpolitik, der vornehmsten Aufgabe der Länder, immer eine besondere Pflege angedeihen lassen.

Die CDU-Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Schulwesens, der Förderung von Wissenschaft und Forschung, der Jugendpflege, der Erwachsenenbildung und Unterstützung des Sports, insbesondere des Schulsports, zukunftsweisende Pläne entwickelt und zum Teil bereits verwirklicht.

Die CDU bekennt sich zu einer Kulturpolitik aus christlicher Verantwortung. Ausgangspunkt einer solchen Kulturpolitik ist das jedem Staatsbürger in Art. 1 des Grundgesetzes gewährte Grundrecht, nach welchem die Würde des Menschen unantastbar und sie zu achten und zu schützen Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist.

### **Elternrecht** **Allein die CDU hat in der Verfassunggebenden Landesversammlung das Elternrecht vertreten.**

Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz hat die Schulartikel in gesonderter Abstimmung angenommen. Nach unserer Landesverfassung haben die Eltern das Recht, die Christliche Gemeinschaftsschule oder die Bekenntnisschule für ihre Kinder zu wählen. Damit ist der Freiheit der Eltern mustergültig Rechnung getragen. Die CDU ist die einzige Partei in Rheinland-Pfalz, die sich gegen die staatlich bestimmte Form der Schule wendet. Ohne die CDU würde es in Rheinland-Pfalz nicht möglich sein, das Elternrecht praktisch wirksam werden zu lassen.

### **Finanzielle Leistung des Landes**

Der umfassende Bereich der kulturellen Aufgaben des Landes bringt es mit sich, daß der Kultushaushalt der bei weitem umfangreichste Einzelplan des rheinland-pfälzischen Haushaltsplans ist. Während bei

Beginn der Legislaturperiode 1959 das Haushaltsvolumen noch 224,6 Mio DM betrug, ist es im Haushalt 1963 auf 376,3 Mio DM gestiegen. Das bedeutet eine Zunahme des Kultusetats um 67,8 %.

Ein Überblick über die Entwicklung dieses Einzelplans zeigt die Zielstrebigkeit der Landesregierung auch in der Kulturpolitik:

|                        | Haushalt | Haushalt | Zunahme |       |
|------------------------|----------|----------|---------|-------|
|                        | 1959     | 1963     | Mio DM  | v. H. |
|                        | Mio DM   | Mio DM   |         |       |
| Wissenschaft           | 24,0     | 53,9     | 29,9    | 125,7 |
| Lehrerbildung          | 2,4      | 4,8      | 2,4     | 100,0 |
| Erziehung              | 153,1    | 240,1    | 87,0    | 57,0  |
| Kunst und Volksbildung | 7,0      | 13,7     | 6,7     | 96,0  |

Die SPD führt sich neuerdings in Rheinland-Pfalz als Kulturpionier auf, und zwar in Form von nie zu realisierenden Wahlschlagnern. Sie sieht in der quantitativen Vermehrung von Bildungseinrichtungen das alleinige Heilmittel, ohne ihre Forderungen sachlich zu begründen. So fordert die SPD für Rheinland-Pfalz frischfröhlich die Errichtung einer Technischen Hochschule, deren Herstellungskosten fast 50 % des rheinland-pfälzischen Haushaltsetats ausmachen würden.

**Das Menschenbild der SPD ist konstruiert aus isoliert materiellen Vorstellungen. Die CDU dagegen verbindet mit dem materiellen Ausbau des Bildungswesens immer einen klaren vom christlichen Menschenbild bestimmten Bildungsplan.**

### **Volksschulen**

Die ländliche Struktur des Landes Rheinland-Pfalz bedingt, daß rund ein Drittel aller Volksschulen unseres Landes einklassige Schulen sind. Diese einklassigen Schulen werden von 37 866 Kindern besucht.

Die Gesamtschülerzahl an Volksschulen betrug 1962 392 022. Das bedeutet, daß **nur** 9,8 % aller Schüler einklassige Schulen besuchen. Also 91,2 % besuchen mehrklassige Schulen.



Die CDU unseres Landes hat sich immer zu einer „Schulpolitik nach vorn“ bekannt. Nicht nur der äußeren Gestaltung (Schulhausneubau), sondern auch der Entwicklung im Innern hat sie besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Bereits 1958/59 wurden Schulversuche mit dem 9. Schuljahr unternommen und bis heute fortgesetzt. Diese Versuche haben folgende Ergebnisse gebracht:

1. das 9. Schuljahr ist keine zeitliche Verlängerung der Volksschule,
2. das 9. Schuljahr ist auch nicht ein bloßer Zusatz zur Volksschule zum Zwecke zusätzlicher Erledigung von Aufgaben, die in der achtjährigen Volksschule noch gar nicht berücksichtigt wurden,
3. das 9. Schuljahr ist vielmehr zu sehen als eine organische Weiterführung der Volksschule im Sinne einer Volksschuloberstufenreform; als ein Weg, der bis zu der für die Schulentlassung geeigneten Reifung führt. Die unterrichtlichen Schwerpunkte der Arbeit des 9. Schuljahres wurden nach den Versuchen bestätigt als

eine Erweiterung des Weltbildes

eine Sicherung der Leistung

eine Hinleitung in wahlfreien Arbeitsgemeinschaften und im Werken zu neigungsgemäßer Arbeit und zur kritischen Befähigung und zum betrachtenden Denken.

Die Einführung eines 9. Schuljahres bedeutet allerdings, daß

1. die entsprechenden Klassenräume vorhanden sind,
2. ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen,
3. das 9. Schuljahr **kein** einfach angehängtes Schuljahr ist, sondern das 9. Schuljahr sollte das Abschlußjahr einer Volksschuloberstufe sein, die mit Rücksicht auf ihr Wirkungs- und Bildungsziel, so wie es uns in der Verfassung und im Volksschulgesetz in unserem Lande für die Volksschule aufgegeben ist, im Gesamten einer Umgestaltung bedarf.

**Ausdehnung der Versuche  
auf das 7. und 8. Schuljahr**

In Schulversuchen für die Landschuloberstufe, die 1962 eingeführt wurde, war zu prüfen:

1. Empfiehlt es sich, auf dem Lande auch schon das 7. und 8. Schuljahr zusammenzulegen?
2. Empfiehlt es sich, das jetzt schon ohne das zur Zeit nicht realisierbare 9. Schuljahr zu tun?
3. In welcher Form sollen etwa solche Zusammenführungen geschehen?

Bei diesen Versuchen hat das Kultusministerium folgende Richtpunkte aufgestellt:

1. Jede schematische Zusammenlegung wird abgelehnt.
2. Die Übertragung städtischer Verhältnisse auf das Landschulwesen ist abzulehnen (Zentralschule).
3. Die eigenständige Landschule in der Gemeinde mit 1. bis 6. Schuljahr ist zu erhalten und die Zusammenführung von 7. und 8. Schuljahren **in dorfnahen Heimatschulen** auf ihre erzieherische, bildende und wissensmäßige Leistungsfähigkeit zu untersuchen. In dieser Organisationsform ist ein besserer Unterricht in den Naturwissenschaften und in der politisch-geschichtlichen Bildung zu versuchen.
4. Auf diese Weise sollen auch Wege angebahnt werden, zu einer besseren Mädchenbildung auf dem Lande, die für dringend notwendig gehalten wird, zu kommen.

Wo Geschlechtertrennung möglich ist, soll sie eingerichtet werden.

Wo aber Koedukation nicht vermeidbar ist, da sollen die Jungen und Mädchen einen möglichst großen Teil des Unterrichts getrennt sein.

5. Es ist zur Pflicht gemacht, Schulversuche nur dann einzurichten, **wenn die bisherige Schulart in Achtung vor dem Elternrecht erhalten bleibt.**



6. Die Aufsichtsstellen sind angewiesen, vor Errichtung von Schulversuchsklassen eine eingehende Erörterung aller entstehenden Fragen mit der Elternschaft, der Geistlichkeit und den Gemeindevertretern durchzuführen.
7. Für jeden Schulversuch ist die Entscheidung des Ministeriums für Unterricht und Kultus vorbehalten.

Insgesamt wurden 39 Klassen in 21 Schulorten eingerichtet. Die Gesamt­schülerzahl der 39 Klassen beträgt 1270; das ergibt einen Klassen­durchschnitt von 33 Schülern.

#### **Noch kein Ergebnis**

Ein Urteil über die Erfolge abzugeben und pädagogische Werturteile zu fällen, wäre verfrüht. Es ist eben erst mit der Einsichtnahme in die Klassen begonnen. Wir sehen diese Schulversuche als eine sehr ernste Angelegenheit an, gerade weil es hier doch um einen sehr wesentlichen und weitgehenden Einschnitt in die in unserem Lande doch etwa 70 % umfassende fest in Tradition stehende wenig gegliederte Land­schule geht.

#### **Pädagogische Risiken**

Ohne Zweifel liegen in den Schulversuchen eine Reihe von Risiken. Pädagogische insofern, weil mit jedem Schulversuch pädagogisches Neuland betreten wird. Deshalb muß ständig geprüft werden, ob dem Anspruch des Kindes auf ein stetiges Fortschreiten seiner persönlichen Entwicklung und seiner Ausbildung Rechnung getragen ist. Weil die Landschule ihrer erzieherischen Aufgabe mit bestem Erfolg gedient hat, werden wir in diesen Schulversuchen prüfen, ob und inwieweit die Lockerung der personalen Bindung **tragbar** und **verantwortbar** und **notwendig** ist.

**Daher lehnt die CDU die Übertragung städtischer Verhältnisse auf die Landschule ab. Sie will vielmehr für die Landschule eine neue Form suchen in Zusammenführung natürlicher Gegebenheiten im heimatlich verbundenen Raum.**

**Experimente um jeden Preis lehnt die CDU insbesondere im schulischen Bereich ab. Jede falsche Schulpolitik schadet unseren Kindern. Moder-**

nen Entwicklungen steht die CDU immer aufgeschlossen gegenüber und wird zielbewußte Entscheidungen fällen, wenn sie von dem Lande her erforderlich sind.

#### **Schulhausbau und Lehrerdienstwohnungen**

Die Zuschüsse für Volksschulen und Lehrerdienstwohnungen betragen von 1959 bis 1963 141 Mio DM, davon 100 Mio DM aus dem Sonderfond „Schulbau“.

**Allein für 1963 sieht der Etat 69,6 Mio DM für den Schulbau vor. In den vergangenen vier Jahren sind so viele Schulen geschaffen worden, wie in den vorausgegangenen 140 Jahren insgesamt. Allein in den Jahren 1959 bis einschließlich 1962 sind rd. 550 Bauvorhaben mit insgesamt 4300 Schulräumen gefördert worden.**

#### **93% ohne Schichtunterricht**

**Diese Zahlen bedeuten, daß 93 % der Schulen in Rheinland-Pfalz ohne Schichtunterricht sind.**

Der Abbau der restlichen 7 % wird der CDU sicherlich in den nächsten Jahren gelingen.

Der Bau von Turnhallen und Sportstätten für Schulen wurde mit 12,5 Mio DM aus Landesmitteln gefördert.

Für Schullandheimaufenthalte stellte die Landesregierung in der Legislaturperiode bis 1962 DM 610 000,- zur Verfügung.

#### **Beseitigung des Lehrermangels**

Drei Aufgaben stehen im Mittelpunkt der Reformbemühungen auf dem Gebiete der Volksschule:

die Gewinnung gut vorgebildeter Volksschullehrer in genügender Anzahl,

die Befriedigung des Raum- und Sachbedarfs,

die zeit- und lebensnahe Gestaltung des Unterrichts, der Erziehung und des Gemeinschaftslebens in der Volksschule in Stadt und Land.

Zur Beseitigung des Lehrermangels hat die CDU folgendes Schwerpunktprogramm ausgearbeitet und zu einem großen Teil bereits verwirklicht:



Errichtung von Förderkursen in Speyer im Rahmen des zweiten Bildungsweges – die Teilnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung werden hier zum Abitur geführt, um dem Lehrermangel abzuhelpfen.  
Errichtung besonderer Oberstufenklassen an den Gymnasien – 1962 auf 23 erhöht. Insgesamt besuchen 600 Schüler(innen) diese zum Lehrerberuf führenden Klassen – davon 230 mit Abschlußprüfung noch in diesem Frühjahr.

Dank dieser beiden Institutionen werden rd. 300 junge Menschen **zusätzlich** die Pädagogischen Hochschulen besuchen können.

Um das Studium attraktiv zu machen, hat die CDU die Pädagogischen Akademien in Pädagogische Hochschulen umgewandelt.

Die Kapazität der PH in Kaiserslautern, Koblenz und Worms wurde erweitert, ein vollständiger Neubau ist in Landau geplant, dazu eine Neuerrichtung in Neuwied.

**Erfolg:** Anwachsen der Studentenzahl von

1958 = 1 046 auf

1962 = 1 902.

**Mittelschulen** In der Regierungserklärung im Jahre 1959 hat der Ministerpräsident die Vorlage eines Realschulgesetzes (Mittelschulgesetz) angekündigt. Bei seiner letzten Sitzung der Legislaturperiode hat der Landtag dieses Gesetz verabschiedet.

Die Mittelschule hatte in unserem Lande eine unterschiedliche Entwicklung in dem ehemaligen preußischen, hessischen und bayerischen Teil genommen. Mit diesem Gesetz ist eine einheitliche Ordnung für das ganze Land getroffen worden.

Die Personalkosten werden wie bei der Volksschule vom Land getragen. Die Schulträger, Gemeinden, Gemeindeverbände, die kreisfreien Städte und Landkreise haben die Sachkosten zu tragen. Das Land gewährt für Baukosten Zuschüsse. Damit ist der Kranz der Schulgesetzgebung abgeschlossen.

**Die Realschulen werden insbesondere im ländlichen Bereich die vorhandenen Begabungreserven zu einer weiterbildenden Schule führen können. Die Möglichkeit für besonders begabte Absolventen der Realschulen, das Gymnasium zu besuchen, ist gesichert und damit eine gleichzeitige Chance für die Kinder auf dem Lande geöffnet.**

Damit hat jedes begabte Kind in unserem Lande folgende Möglichkeiten, eine weiterbildende Schule zu besuchen:

Nach Abschluß des 4. oder 5. Volksschuljahres das Gymnasium oder die Realschule,

nach Abschluß des 7. oder 8. Volksschuljahres das Aufbaugymnasium, nach Abschluß des 10. Schuljahres in der Realschule das Gymnasium. Das Kultusministerium wird noch zu prüfen haben, ob überdurchschnittlich begabte Realschüler bereits schon vor Abschluß des 10. Schuljahres zum Gymnasium überwechseln können.

**Die Erfolge einer systematischen Schulpolitik werden durch die ständig steigende Zahl an Realschulen und Schülern bewiesen:**

**1958 = 33 Realschulen mit 8146 Schülern**

**1960 = 38 Realschulen mit 9577 Schülern**

**1962 = 47 Realschulen mit 11361 Schülern**

**1963 werden zwei weitere Schulen neu gebaut.**

### **Berufs-, Berufsfach- und Berufsaufbauschulen**

Das neue Berufschulgesetz hat neben der Klärung wichtiger schulorganisatorischer Fragen eine beachtliche Erhöhung der Leistungen für die kommunalen Berufs-, Berufsfach- und Berufsaufbauschulen gebracht.

Die Zuschüsse aus Landesmitteln stiegen von

6,45 Mio DM im Jahre 1958 auf

8,72 Mio DM im Jahre 1962.

Das bedeutet eine Steigerung um rd. 35 %.

Der Erweiterung des zweiten Bildungsweges dient die Einführung der Berufsaufbauschulen, die zur Fachschulreife führen. Dieser neue Schulzweig wird zur Zeit an 23 Anstalten von 2136 Schülern besucht. 1963 ist die Errichtung von drei weiteren Berufsaufbauschulen vorgesehen.



### **Höhere Schulen**

Mit Landesmitteln in Höhe von 53 Mio DM wurden in den Jahren 1959 bis 1962 24 Neu- sowie 30 Erweiterungs- und Umbauten Höherer Schulen finanziert. Die Sexta besuchten

1956 = 6179 Schüler

1962 = 10100 Schüler.

12,5 % aller Schüler in Rheinland-Pfalz besuchen ein Gymnasium. Die Zahl der Abiturienten stieg von

1958 = 4900 auf

1962 = 7300.

### **Stolze Bilanz im Bereich der Schulpolitik**

**Erst durch das Land Rheinland-Pfalz wurde das linksrheinische Gebiet, das immer Stiefkind sowohl bei Preußen wie auch bei Bayern war, schulpolitisch aufgeschlossen. Die SPD hat jeden Etat für das Kultusministerium abgelehnt, sie hat immer Nein gesagt zu dieser Entwicklung. Die CDU garantiert auch weiterhin eine Schulpolitik nach vorn für unser Land.**

### **Ausbau der Universität**

Die Jahre 1959 bis 1963 sind gekennzeichnet durch den verstärkten Ausbau unserer Landesuniversität und des Auslands- und Dolmetscherinstituts in Germersheim.

Die Zahl der Lehrstühle (Ordinariate und Extraordinariate) an der Universität Mainz betrug 1959 = 125, 1963 = 160.

**Damit sind bereits im zweiten Jahr nach Veröffentlichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates (und vier Jahre sind vorgesehen) 90 % der vom Wissenschaftsrat für unsere Landesuniversität empfohlenen Lehrstühle errichtet. Die Zahl der wissenschaftlichen Assistenten hat sich im gleichen Zeitraum von 340 auf 621 erhöht, also nahezu verdoppelt.** Die Leistungen der CDU-Landesregierung spiegeln sich am deutlichsten in den Etatzahlen wieder:

Die Aufwendungen für die Universität einschließlich der Kliniken und des Auslands- und Dolmetscherinstituts im ordentlichen Haushalt sind in der Zeit von 1951 bis 1963 von 7 Mio DM jährlich auf 44 Mio DM gestiegen.

Ein Überblick über die Studentenzahlen ergibt folgende positive Bilanz:

1959 = 5 669 Studenten

1963 = 7 522 Studenten.

Die Zahl der Besucher des Auslands- und Dolmetscherinstituts betrug:

1949/50 = 250

1962 = 800.

**Studienbeihilfen –  
Entwicklungshilfen**

Für die Studienförderung – Landesanteil für das Honnefer Modell, Stipendien für besonders Begabte und Ausländerstipendien – wurden

1959 = 500 000 DM

1963 = 1,4 Mio DM ausgegeben.

**Erwachsenenbildung**

Das Erwachsenenbildungswesen hat sich in Rheinland-Pfalz im Laufe der letzten vier Jahre kräftig entwickelt. Vorträge, Kurse, Seminare und Arbeitsgemeinschaften werden im ganzen Land veranstaltet und erreichen die gesamte interessierte Bevölkerung. Die Mittel im Landeshaushalt zur Förderung des Erwachsenenbildungswesens haben sich von

0,63 Mio DM im Jahre 1956 auf

1,4 Mio DM im Jahre 1962 erhöht.

**Unser Land steht damit in seinen Bemühungen um eine zeitgerechte Erwachsenenbildung an dritter Stelle in der Bundesrepublik.**

Auch die rheinland-pfälzischen Volksbüchereien haben durch die verstärkte Förderung des Landes einen steilen Aufstieg genommen. Die Zahl der Volksbüchereien betrug 1956 = 870 und ist auf 1 100 Büchereien im Jahre 1962 gestiegen.

**Theater und Musikpflege**

Die Ausgaben der CDU-Landesregierung für die bildenden Künste betragen

1958 = 2,6 Mio DM

1962 = 4,5 Mio DM.



### **Naturschutzparks**

Die Bemühungen der CDU um den Ausbau von Naturschutzparks richten sich an dem Gedanken aus, weiträumige landschaftlich hervorragende Gebiete für die Bevölkerung als Erholungsgebiete zu erhalten. Rd. 25 % der Gesamtfläche unseres Landes bestehen aus solchen Anlagen.

### **Großzügige Förderung des Sports**

**Ziel der CDU-Bemühungen um eine gesunde sportliche Entwicklung sind nicht staatlich geförderte und produzierte Rekordleistungen, sondern Gesundheit und Leistungskraft für alle.**

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz förderte im Jahre 1961 mit rd.

7 Mio DM an Zuschüssen

73 Turnhallen,

14 Sportplätze,

7 Freischwimmbäder,

1 Hallenbad,

1 Reithalle,

2 Bootshallen,

47 Kinderspielplätze

und eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen der Sportvereine des Landes.

Im Jahre 1962 förderte die Landesregierung mit 9,3 Mio DM

53 Turnhallen,

34 Sportplätze,

17 Freischwimmbäder,

2 Hallenbäder,

6 Reithallen,

1 Bootshalle,

85 Kinderspielplätze

und wiederum eine Vielzahl kleinerer Vorhaben der Sportvereine.

Zu diesen Beträgen traten in den Jahren 1961 und 1962 jeweils mehr als 1 Mio DM Zuschüsse aus Bundesmitteln zur Förderung der Maßnahmen im „Goldenen Plan“, der eine Behebung des Mangels an Sport- und Spielstätten aller Art im Rahmen eines 15-Jahres-Planes vorsieht.

Nach dem Wunschbild des Memorandums zum „Goldenen Plan“ soll das Land Rheinland-Pfalz für die Dauer von 15 Jahren jährlich 11 Mio DM zur Verfügung stellen. Schon 1963 wird Rheinland-Pfalz diese Summe erreichen und sogar überschreiten.

**Der Haushalt des Landes sieht für 1963 eine Gesamtsumme an Zuschüssen für Maßnahmen des „Goldenen Planes“ in Höhe von rd. 11,4 Mio DM vor, ein Beweis dafür, daß seitens der Landesregierung und des Landtages Verständnis und Aufgeschlossenheit für die Bedeutung des Sports vorhanden ist.**

Man darf überzeugt sein, daß im Lande Rheinland-Pfalz auf dem Gebiete des Übungsstättenbaues alles getan wird, was aus der Sicht einer baldigen Anhebung des Gesundheitszustandes unserer Jugend und unseres Volkes dringend notwendig erscheint.

**Bewährt in der Leistung –  
zielbewußt in der Planung**

Alles in allem zeigen die bisherigen Ergebnisse eine zielbewußte, zukunftsweisende Kulturpolitik der CDU.

Die CDU hat die Schwerpunkte auf die Universität und das allgemeinbildende Schulwesen gelegt. Dies sind Schwerpunkte, um die sich alle unsere Bestrebungen für Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung unserer Jugend gruppieren.

**Auf diesem Wege wird die CDU die Volksschule zu einer unserer Zeit gerechtfertigten Bildungseinrichtung umwandeln.**

**Sie wird die Schulraumnot beseitigen.**

**Sie wird durch Förderung des Schulsports die Gesundheit unserer Jugend verbessern.**

**Sie wird ausreichende Mittel für Turn- und Schwimmhallen bereitstellen.**

**Sie wird die Fachschulen, Realschulen, die höheren Schulen und die Hochschulen in einem Maße ausbauen, das die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte in genügender Anzahl ermöglicht.**

**Sie wird darüber hinaus die Lehrpläne so gestalten, daß die jungen Menschen unsere Bildungseinrichtungen nicht nur als hervorragende Fachkräfte, sondern vor allem auch als gebildete Menschen verlassen.**